

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,60 Mk., vierteljährlich 4,60 Mk. — Fest- und Versammlungsinserate kosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsinserate werden nicht angenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: H. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Kömlich in Bochum, Wilmshäuser Straße 88-42. Telefon-Nr. 98 u. 80. Telegr.-Nr.: Altkreis Bochum.

Untersuchung der Grubenmißstände.

Der Fehlschlag der in maßgebender Weise nur von Bergakademikern ausgeübten Grubenkontrolle wird nun aller Welt sozusagen wieder sinnenfällig offenbart durch die neuesten Veröffentlichungen der Knappschaftsberufsgenossenschaft. Obgleich sich erfreulicherweise 1913 kein großes Massenunglück im deutschen Bergbau ereignete, sind doch im selben Jahre mehr Bergarbeiter getötet und schwer verletzt worden, wie in den Vorjahren. Räst man die durch Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosionen verursachten Menschenopfer außer Betracht, dann steht das Jahr 1913 mit der größten Zahl (absolut und verhältnismäßig) tödlicher und schwerer Bergarbeiterverunglückungen an der Spitze!

Die Sicherheitsmänner haben kein den Betriebsgefahren angepaßtes Kontrollrecht; und wenn die Sicherheitsmänner über vorgefundene Mißstände durch Eintragungen in das Jahrbuch berichten, dann ist es den vor allen Dingen akademisch vorgebildeten staatlich angestellten Aufsichtsbeamten überlassen, diese Eintragungen zu verwerten. Demnach sind die Sicherheitsmänner rechtlich und tatsächlich nicht für die Vorbeugung von Betriebsunfällen zur Verantwortung zu ziehen. Soweit überhaupt von einer menschlichen Verantwortung in dieser Richtung gesprochen werden kann, trifft sie die kontrollierenden Bergakademiker und natürlich auch die Betriebsleiter.

Das Glaslo (Fehlschlag) unserer bergamtlichen Grubenkontrolle wird also durch die neueste bergmännische Unfallstatistik abermals bewiesen. Auch der preussische Bergwerksminister hat die weitere Zunahme der Unfälle bestätigt, natürlich, wie sich das von jedem fühlenden Menschen von selbst versteht, mit großem Bedauern.

Nun soll wieder, wie wir vernehmen, eine amtliche Untersuchung der Ursachen der Unfallzunahme stattfinden. Sie kann sich nur lohnen, wenn die Untersuchung den Grubenmißständen rückwärtslos zu Leibe geht. Die Mißstände aber und ihre gefährliche Bedeutung wird man nur vollständig erkennen, wenn bei der Untersuchung nicht nur staatliche und private Bergwerksbeamte, sondern auch praktisch geschulte, tüchtige Bergarbeiter aktiv mitwirken! Sie sind ja auch die Nächsten dazu, um ihr Leben, um ihre Gesundheit handelt es sich doch. Wir befürchten indes, daß der zurzeit in Deutschland herrschende Scharfmacherkurs die aktive Teilnahme von Bergarbeitervertretern an der Untersuchung nicht zuläßt. Trifft unsere Befürchtung zu, dann wird diese Untersuchung verlaufen wie die früheren, nämlich unbedeutend für das jetzige Betriebssystem.

Es hat einmal eine sehr beachtenswerte amtliche Untersuchung von Grubenmißständen stattgefunden; das Resultat war ein bedeutungsvolles. Das Untersuchungsergebnis führte nämlich zu Betriebs- und Kontrollreformen, die auch von sehr günstiger Wirkung auf die Arbeiterlage geworden sind. Wir meinen die Untersuchung, welche eine von dem britischen Parlament 1865 eingesetzte Kommission vornahm auf Veranlassung von zahlreichen Bergarbeiterpetitionen. Die Petitionen forderten u. a. eine Verbesserung des Berggesetzes in der Richtung, daß die Werkskontrolle verschärft würde, um „den furchtbaren Verlusten an Leben in den Bergwerken“ Einhalt zu tun. Die Untersuchungskommission arbeitete sehr gründlich, besah eine Reihe Gruben, vernahm eine große Anzahl Arbeiter und gab 1867 einen umfangreichen Bericht heraus. Dr. J. Spencer-Waldwin („Die englischen Bergwerkesetze“, Cottas Verlag, Stuttgart 1894) hat die wichtigsten Teile dieses Berichtes auszüglich veröffentlicht. Uns interessieren nun daraus die Bemerkungen der Arbeiter über die Art der von den staatlichen Aufsichtsbeamten ausgeübten Betriebskontrolle.

Die Arbeiter beklagten sich über durchaus ungenügende Betriebskontrolle. Unter anderem wurde auch unser alter Kamerad Thomas Wurt gefragt, ob die Zahl der Inspektoren ausreiche. Wurt antwortete: „Nein! In der Gegend, wo ich wohne (Worthumberland), ist es eine große Seltenheit, daß ein Inspektor überhaupt gesehen wird. Ich selber habe ihn nie gesehen.“ Dies, obgleich durch das Gesetz von 1860 die Zahl der staatlichen Grubeninspektoren (durch Gesetz von 1842 in Großbritannien erst eingeführt) erheblich vermehrt und ihre Befugnisse verschärft worden waren.

Die Arbeiterzeugen sagten in der Regel aus, sie hätten nie einen Inspektor in der Grube gesehen: „Auf die Frage: „Kommen Sie den Inspektor in Ihrer Grube zu sehen?“ antwortete ein Arbeiter: „Nein, ich weiß nicht einmal, welcher Farbe er ist, ein Schwarzer oder ein Weißer oder wie sonst!“ Auf dieselbe Frage gab ein anderer Arbeiter folgende Antwort: „Ich habe in dieser Grube 21 oder 22 Jahre gearbeitet und habe noch keinen Inspektor dort gesehen!“ — „Über Sie haben vermutlich von ihrer Existenz gehört, nicht wahr?“ — „Ja, wenn ein Arbeiter getötet wird, da pflegen die Inspektoren zu kommen, um die Aufregung zu beschwichtigen.“

Was die britischen Arbeiter vor 50 Jahren über ihre Bekanntschaft mit dem staatlichen Grubenkontrolleur aus sagten, das selbe oder ähnliches würde heute eine Untersuchungskommission von zahllosen Bergarbeitern in Deutschland erfahren. In Prozessen gegen die „Bergarbeiter-Zeitung“ ist zeugeneidlich festgestellt worden, daß Kameradschaften jahrelang in einer Grube schafften, ohne einen Berginspektor zu Gesicht zu bekommen.

Folgende Fragen und Antworten, entnommen dem Bericht der britischen Untersuchungskommission, werden vielen unserer Kameraden geradezu verblüffend „heimatlich“ vorkommen:

Frage: „Können Sie sagen, wie oft Mr. Morton, der Inspektor, diese 480 Gruben besucht hat?“

Antwort: „Ich habe mich mehrmals der Mühe unterzogen, ausfindig zu machen, wie oft Mr. Morton in gewissen Gruben

gewesen sei, und es wurde mir berichtet, daß einige unter den Arbeitern schon 17 Jahre da gearbeitet und ihn überhaupt nicht gesehen haben.“

Frage: „Aber es ist sehr leicht möglich, daß Mr. Morton die Gruben besuchen könnte, ohne daß die Arbeiter davon hören, nicht wahr?“

Antwort: „Nein. Ich glaube nicht, daß es möglich ist, daß ein Inspektor in einen Distrikt kommen könnte ohne die Kenntnis der Arbeiter, weil es ziemlich deutliche Zeichen gibt, durch welche sie dies erkennen.“

Frage: „Es ist allgemein bekannt unter den Grubenleuten, entweder daß ein Besuch erwartet wird oder daß derselbe schon stattgefunden hat, — ist das, was Sie meinen?“

Antwort: „In vielen Gruben erkennt man, daß Besuch erwartet wird, daraus, daß große Vorbereitungen getroffen werden, wenn der Inspektor kommt.“

Frage: „Das Haus wird in Ordnung gebracht, um ihn zu empfangen, meinen Sie?“

Antwort: „Ja, ich habe es selbst gesehen; ich habe gesehen, wie die Leute Tag und Nacht haben arbeiten müssen, um es in Ordnung zu bringen, und habe Mr. Morton selbst davon erzählt.“

Frage: „So, daß alles in der besten Ordnung ist, wenn er ankommt, ja?“

Antwort: „Ja, soweit es möglich ist; und dann, wenn er kommt, wird er von den Aufsehern nur in gewisse Teile der Grube geführt. Die Arbeiter klagen allgemein, daß die Inspektoren nur dann eine Grube besuchen, wenn sie speziell berufen würden; in der Regel fände der Besuch also nur nach einem Unfall statt.“

Wenn fallen beim Lesen dieses Verhörs nicht auch die in Prozessen gegen die „Bergarbeiter-Zeitung“ (z. B. die Borussia- und Stabodprozesse, der Stottbuser Prozeß gegen den Kameraden Max Gärtner usw.) getroffenen gerichtlichen Feststellungen über die „rechtzeitige“ Anmeldung des Kontrolleurs ein? Im Borussia-Prozeß erklärte ein Bekehrvertreter, man könne es doch den Werksleitern nicht verdenken, daß sie vor der Ankunft des Berginspektors „die Küche sauber“ machten! In England sagte man vor 50 Jahren: „Das Haus wird in Ordnung gebracht“, wenn der Inspektor kommt. Ist diese Übereinstimmung nicht verblüffend?

Wir betonen ausdrücklich, wenn heute eine so gründliche Untersuchung der deutschen Grubenzustände stattfände, wie man vor 50 Jahren in Großbritannien vorging, dann würden bei uns in großen Maße auch solche gravierende Feststellungen getroffen werden, die den Hauptinhalt des britischen Berichtes bilden.

Unsere britischen Kameraden haben seitdem durch ihre Energie und tatkräftige Organisation eine Reihe von Verbesserungen der Arbeiterschutzgesetzgebung durchgesetzt, so auch das Recht, durch Belegschaftsbelegierte die Gruben kontrollieren zu lassen. Entscheidend aber für die Gestaltung der Bergarbeiterlage in Großbritannien ist nicht das Berggesetz, sondern die Kraft der gewerkschaftlichen Bergarbeiterorganisation geworden. Durch diese erzielten unsere britischen Kameraden die Vereinbarung von Tarifverträgen mit Mindestlöhnen, das ungehinderte Antreten der Arbeiterdelegierten bei der Werksinspektion und der Kontrolle der zu bezahlenden Förderung (Wiegekontrollen) usw. Letzten Endes hängt die Unfallverhütung im weiten Umfange mit der Gedingestellung, der Lohnfrage überhaupt zusammen! Nicht alle, aber sehr viele Betriebsunfälle können verhindert werden, wenn man die Kameradschaften nicht durch rücksichtsloses Gedingeabbrechen zum überhäufigen Arbeiten veranlaßt. Aber gerade diese Tatsache wird bei uns offiziell ignoriert. Daran eben scheitern alle bergamtlichen Sicherheitsvorschriften, deren Zahl bei uns schier unabschätzbar geworden ist.

In Großbritannien existieren weit weniger bergamtliche Sicherheitsvorschriften. Dort ist auch die Zahl der bergamtlichen Werksinspektionen geringer wie in Deutschland. Darauf wird merkwürdigerweise sogar von unseren Bergamtsvertretern verwiesen. Aber ist es denn nicht gerade deshalb notwendig, die eigentlichen Ursachen der geringeren britischen Unfallziffer zu ergründen und zu beachten?

Im britischen Steinkohlenbergbau verunglückten Arbeiter tödlich pro 1000 Mann Belegschaft:

1856/60	1878/82	1893/1902	1901/1910	1912
3,88	2,24	1,39	1,36	1,17

Im preussischen Steinkohlenbergbau verunglückten Arbeiter tödlich pro 1000 Mann Belegschaft:

1861/65	1881/90	1901/1910	1912
2,63	2,98	2,11	2,53

Dort ein sehr starkes anhaltendes Fallen der Unfallziffer, bei uns zeitweilig ein geringer Rückgang, dann aber wieder ein Ansteigen! Früher hatte Großbritannien viel höhere Unfallzahlen. Diese tieftraurige Tatsache kann nicht aus der Welt diskutiert werden.

Das Fallen der britischen Unfallziffern steht erheblich ein in der Zeit, wo die Arbeiter die Selbsthilfe kräftig organisierten und sich die Anerkennung ihrer gewerkschaftlichen Vereinigungen von den Werksbesitzern und den Behörden errangen! Damit stieg das Selbstbewußtsein der bisher geschurichten Arbeiter, und ihr wachsendes Verantwortungsgefühl ließ sie zu wertvollen Mitarbeitern der staatlichen Kontrollbeamten werden. Von mißachtend, entwürdigend behandelten Menschen ist diese Mitarbeit nicht zu erwarten, ihr Selbstbewußtsein und damit auch ihr Verantwortlichkeitsgefühl wird erstötet!

Durch das britische Bergwerkesetz von 1842 wurde die staatliche Grubenkontrolle eingeführt. Aber die einflußreichen Unternehmer setzten durch, daß fast zwanzig Jahre hindurch nur ein einziger Inspektor für sämtliche Becken amferte. Seymour Trementheere hieß der Treffliche, der Typus eines Be-

amten, der dem „ungebildeten Arbeiter“ abweisend gegenübertritt. Dieser erste staatliche Bergwerksinspektor war ein Feind der Gewerkschaften und er benutzte seine Berichte, um die Organisation der Bergleute zu schmähern. Folgende Stellen aus seinen Berichten charakterisieren den Herrn Trementheere:

„Das Publikum weiß nicht... bis zu welchem Maße es durch die erhöhten Kohlenpreise ausgebeutet wird wegen der Koalitionen (Bereine) unter den Kohlenarbeitern (1), zu welchen ihre Unwissenheit sie so oft verführt... (Bericht für 1847.)

... Die Niederlichkeit hat die Faulheit (1) erzeugt und gleichzeitig eine Gier nach mehr Lohn und weniger Arbeit. Dazu kommt auch die Unwissenheit der Arbeiter, welche nichts haben, um ihre Gedanken zu beschäftigen, außer ihren ungebildeten (1) Beschwerden...“ (Bericht 1849.)

Dergestalt urteilte der erste britische Bergwerksinspektor über die auf die Verbesserung ihrer damals sehr traurigen Lage gerichteten gewerkschaftlichen Bestrebungen der Bergarbeiter. Selbstverständlich bestritt dieser würdige Herr, der nach eigener Angabe (1849) seine Informationen nur von Grubenbesitzern und Betriebsleitern bezog, auch die Fähigkeit der Arbeiter, sachverständig über die Verhütung von Unfällen zu urteilen.

Ueber die Trementheeres ist das Rad der Zeit hinweggegangen. In Großbritannien wenigstens; hier haben die „unwissenden“ Arbeiter sich Anerkennung verschafft. Nehmen wir aber gewisse deutsche Berginspektorenberichte aus den letzten Jahren zur Hand, lesen wir hier die abfälligen Urteile über die gewerkschaftlichen Bestrebungen der Bergarbeiter und über ihre Fähigkeit, sich an der Werkskontrolle sachverständig zu beteiligen, dann empfinden wir vom Geiste Trementheeres einen starken Hauch. Wenn sich das nicht zum Besseren wendet, dann wird Deutschland der „Ruhm“, mit den meisten Bergwerksunfällen in Europa an der Spitze zu marschieren, verbleiben.

Neunter Kongreß der freien Gewerkschaften.

Ueber das Arbeiterinnen-Sekretariat erstattete am zweiten Kongreßtage Gertrud Hanna-Werlin den Bericht. Das Sekretariat habe die Mitarbeit der Frauen in der Organisation zu fördern gesucht durch Ueberlassung von Material. Namentlich sei dies geschehen in Fragen des Arbeiterinenschutzes und des Versicherungswesens. Der Erfolg war, daß sich die Frauen an den Wahlen zu den Vertretungen in den Krankenkassen, Versicherungsämtern usw. stärker beteiligt hätten als früher. Andererseits haben aber auch die bürgerlichen Frauenvereine, Stimmrechtsvereine und dergleichen, einen großen Eifer entfaltet, um die Dienstmädchen und ähnliche Arbeiterinnen gegen die freien Gewerkschaften bei den Wahlen mobil zu machen. Unter dem Einfluß jener Vereine haben die Hausfrauen die Dienstboten nicht mehr zur Wahl aufgefördert, sondern sie vielfach bis ins Wahllokal begleitet und ihre Stimmabgabe kontrolliert. Solchen Druckmitteln können die Gewerkschaften nur dann wirksam begegnen, wenn sie die weiblichen Arbeiter in erhöhtem Maße an sich heranziehen. Das koste allerdings größere Mühe als bei den Männern, da die jüngeren Arbeiterinnen sehr oft die Erwerbsarbeit nur als etwas Vorübergehendes ansehen in Aussicht auf spätere Verheiratung. Fast ein Drittel aller arbeitenden Frauen sind unter 18 Jahren alt, und 18 000 weibl. Lehrlinge sind in die Stannumrollen der Handwerkskammern eingetragen. Wir sind für weibliche Qualitätsarbeit und eine gewisse Fachausbildung. Die Reaktionsäre aber wollen die weibliche Jugend in das Lehrlingsverhältnis pressen, um aus ihnen Lohnbrücker und gelegentlich Streikbrecher zu machen. Daraus erwächst uns die Pflicht, die Frauen nicht nur den freien Verbänden zuzuführen, sondern sie auch zu überzeugten Gewerkschaftsmitgliedern zu machen, die der Parole folgen: „Gleicher Lohn für gleiche Leistung.“

Frau Kähler-Werlin und Frau Brandenburg-Samburg unterstreichen die Ausführungen der Referentin und verlangen eifrige Unterstützung der Arbeiterinnenbewegung durch die Gewerkschaften und die Ortspartei.

Der Kongreß beschloß diesen Abschnitt der Tagesordnung, indem er dem Arbeiterinnen-Sekretariat seine Anerkennung für seine erfolgreiche Tätigkeit aussprach.

Robert Schmidt-Berlin gab hierauf den Bericht der sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission. Dieser Bericht war eine schwere Anlage gegen die Feinde der Arbeiterklasse. Obgleich seit Jahren auf dem Gebiete der Sozialpolitik nichts Nennenswertes geleistet worden ist, richten die Scharfmacher heftige Angriffe gegen sie und verhindern ihre Fortführung. Die Reichsversicherungsordnung ist kein befonderes soziales Werk — im Auslande ist man hierin weiter als in Deutschland. So in England mit der Unfallversicherung, dem völligen Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen, der Arbeitslosenversicherung und der gesetzlichen Lohnregulierung. Ähnlich in anderen Ländern — in Skandinavien, in Frankreich und der Schweiz. Der deutschen Regierung sei der Vorwurf zu machen, daß sie nur auf das Wohl der Unternehmerklasse, statt auf das Wohl der Allgemeinheit achte. Professor Hans Delbrück hat behauptet, die Gewerkschaften seien eine Gefahr für das Wirtschaftsleben in Deutschland, weil durch sie die wirtschaftlichen Grundlagen des Industrialismus gefährdet würden. Delbrück sagte auch, es sei gut, daß die Arbeiterorganisationen nach religiösen Anschauungen geteilt seien, darin liege ihre Schwäche. In diesem stimmen wir Delbrück bei: Wenn aber Delbrück sagt, die Gewerkschaften bedeuteten eine Gefahr für das Wirtschaftsleben der Nation, so müssen wir darauf betonen, wie das Wirtschaftsleben vom Kapitalismus entwertet wird. Die Internationale Bohrergesellschaft verteilte seit 1900 1675 Prozent Dividende. Auf das Aktienkapital von 1 Million Mark wurden 16 750 000 Mk. Dividende verteilt. So wird mit dem Bestium

der Nation räuberischer Wucher getrieben liegt nicht auch darin eine Gefahr für die Nation, wenn im Bergbau Betriebe ohne Rücksicht auf die Arbeiter, auf das Gemeinwohl, geschlossen werden? Wo sind die Männer in bürgerlichen Kreisen, die gegen dieses freibriefliche Treiben des Kapitalismus Protest erheben? Die Arbeiterschaft ist in der Großindustrie mit 40 Jahren verbraucht, wird als Abfall auf den Schutthaufen geworfen. Mit 40 Jahren, wo der Mann im bürgerlichen Beruf erst auf der Höhe seiner Leistungsfähigkeit steht! Die Unternehmer, die unsere Sozialpolitik beeinflussen wollen und Stillstand in der Sozialpolitik rufen, behandeln den Arbeiter nur als Ware, holen immer mehr Arbeitskräfte aus dem Ausland herein, um den Preis der Ware Arbeitskraft herabzudrücken. Der Zug vom Lande nach der Stadt hat zum großen Teil seine Ursache in der Unsicherheit der Rechtsverhältnisse. Mir scheint, als wenn sich die Arbeitsverhältnisse auf dem Lande verschlechtert hätten. Weil die ausländischen Arbeiter noch rechtlos sind als die einheimischen, hat eine Korberei in der Behandlung dieser Ausländer um sich gegriffen, die geradezu entsetzlich ist und sich necklich auch auf unsere einheimischen Randarbeiter überträgt. Wenn die Sterblichkeit an Tuberkulose in den letzten Jahren zurückgegangen ist, so hat daran die Gewerkschaftsbewegung auch ihr Teil dazu beigetragen durch die Verkürzung der Arbeitszeit und Besserstellung der Lebenshaltung weiter Kreise der Arbeiterschaft. Gerade die Verkürzung der Arbeitszeit ist die wirksamste Vorbeugung der Tuberkulose. Wie stark die Tuberkulose gerade in den untersten Volksschichten ihre Opfer sucht, zeigt eine Hamburger Untersuchung aus dem Jahre 1910, wonach auf 1000 Gebende mit einem Einkommen von 900-1200 Mark jährlich 5,00 Prozent, bei einem Einkommen von 1000 Mark und mehr nur 0,74 Prozent Sterblichkeitsfälle an Tuberkulose kommen. Also die Zahl sinkt bei den höheren Klassen um das Siebenfache. Dabei darf nicht vergessen werden, daß alle Personen mit einem Einkommen unter 900 Mk. bei dieser Untersuchung unberücksichtigt blieben. Im Jahre 1912 hatten wir 28000 Verurteilungen wegen Verletzung der Arbeiterschutzbestimmungen. Ueber diese unerhörte Zahl von Verurteilungen der Unternehmer regt sich in bürgerlichen Kreisen niemand auf. Welch fürchterliche Anklage steckt in den 10 300 Toten alljährlich, als Ergebnis der deutschen Produktionsverhältnisse. Die Stellung der Gewerbeinspektoren muß unabhängiger werden. In den schließlichen Inspektionsberichten wird mit peinlicher Gewissenhaftigkeit über die Lieferung von Kartoffeln an die Arbeiter berichtet, aber über die Mißstände in den Betrieben darf nichts berichtet werden. Nicht Stillstand, sondern Fortschritt der Sozialpolitik ist unsere Forderung! So schloß Robert Schmidt seine Anklagerede und fand damit den lauten Beifall des Kongresses.

Eine Reihe von Rednern nahm in der Debatte über diesen Punkt das Wort. Brücker-Berlin begründete Anträge der Buchbinder auf Schaffung einer sozialpolitischen Korrespondenz als Materialsammlung für die Agitation. Die Anträge wurden der Vorstandskonferenz überwiesen. Bauer-Berlin empfahl eine Resolution über die Krankenversicherungs-pflicht der Hausgewerbetreibenden, und Sabath eine solche über den Heimarbeiterschutz. Beide wurden in der Abstimmung angenommen. Kamerad Teuber-Bodum unterzog die soziale Mißständigkeit des Rechenkapitals einer scharfen Beleuchtung, indem er die gestiegenen Unfallzahlen mit den großen Ueberschüssen in Vergleich stellte und auf einige schlimme Lücken in der sozialen Gesetzgebung hinwies. Zum Schluß wurde eine Resolution Schmidts, die den Gedanken seines Berichts in knapper Form ausdrückt, einstimmig angenommen.

Den Bericht des Zentralarbeitersekretariats erstattet Wissell. Er kritisierte vor allem die Rechtsprechung des Großen Senats des Reichsversicherungsamtes, die an sozialer Bestimmung selbst hinter der Rechtsprechung des preuß. Obergerichtungsgerichts weit zurückbleibe, auf das doch jetzt die preussische Polizei alle Hoffnungen für ihr Vorgehen gegen die Gewerkschaften lege. Deshalb hätten die Arbeiter die Pflicht, sich so eifrig wie möglich an den Wahlen zu den Versicherungs-körperschaften zu beteiligen und verlässliche, warmherzige und wohlunterrichtete Männer müßten gewählt werden, wenn die Versicherung wirksam durchgeführt werden soll. Den Arbeitern dürfte die Wahlbeteiligung nicht reaktionär erschwert und verteuert werden. Diefem rückständigen Geist rufen die Gewerkschaften entgegen: vorwärts mit dem Willen zur sozialen Tat, vorwärts im Interesse der Gesamtheit.

Die Ansprache über diesen Punkt ist kurz. Es beteiligte sich an ihr Kamerad Becker-Gamm, der die Arbeiterrechts-Beilage als selbständiges und erweitertes Organ ausgefaltet wissen möchte. Zu dem Punkt Genossenschaften wurde hierauf ein Antrag der Bauarbeiter von Wilsed gegen eine starke Minderheit angenommen, wonach die Arbeitsvermittlung in genossenschaftlichen Betrieben allen Mitgliedern der organisierten Arbeiterschaft sein soll. Legten erklärt hierzu noch, daß durch diesen Beschluß bestehende Tarife nicht beeinflusst werden. Dieser Beschluß des Kongresses hat für die Bergarbeiter besondere Bedeutung. Bekanntlich unterliegen die Arbeiter der Konsumvereine - Kutscher, Chauffeure, Lagerarbeiter - organisatorisch dem Transportarbeiterverbände. Dieser sucht alle freien Stellen mit seinen eigenen Mitgliedern zu besetzen, was besonders in Bergbaubezirken Unzulänglichkeiten herbeiführen muß, wenn organisierte Bergarbeiter gemäßigter sind und von den Konsumvereinen nicht eingestellt werden, weil der Transportarbeiterverband Anspruch auf die Besetzung der Stellen erhebt. Kamerad Tholl-Waldenburg schildert in der Debatte über die Wilseder Anträge, wofür ein solches Verfahren führen könne und verlangte vom Transportarbeiterverband ein vernünftiges Entgegenkommen gegenüber der Allgemeinheit, wie es z. B. die Hausleitung der Transportarbeiter in Breslau den Walden-burgern gegenüber gelistet hat. Soffentlich wird der Transportarbeiterverband den deutlichen Willen verstehen, den ihm der obige Kongreßbeschuß erteilt hat.

Der Generalkommission wurde hierauf Entlastung erteilt und zur Beratung des Regulativs für das Zusammenwirken der Gewerkschaften geschritten. Es lag ein Entwurf, der schon von der Vorstandskonferenz durchberaten war, vor und enthält folgende Abschnitte:

- A. Allgemeines (Zweck und Umfang der engeren Verbindung);
- B. Erledigung von Grenzstreitigkeiten;
- C. Unterstützungen bei Streiks und Ausperrungen;
- D. Gewerkschaftskartelle.

Es lagen zu dem Entwurf eine Menge Anträge vor, die zum Teil auf die Schaffung großer Industrieorganisationen hinausliefen, denen Betriebsorganisationen voranzugehen hätten. Dann waren aber auch eine Reihe Anträge gestellt, die ein Nachwort des Kongresses in Sachen Grenzstreitigkeiten wünschten, sowie eine Anzahl von Anträgen, die Eingelagerten anders geregelt haben wollten, als es der Entwurf vorschlag.

Bei der Wichtigkeit der Fragen war vorauszusehen, daß ihre Erledigung vor einem so großen Forum nicht ganz einfach sein werde. Der Kongreß hat auch zwei Tage gebraucht, um die Grundlagen zu schaffen, auf denen die Weiterentwicklung unserer Gewerkschaften erfolgen wird. Wie bereits Regien in seinem Referat über das Regulativ zu verstehen gab, wird es neben der Festigung der Beziehungen zwischen den Organisationen dazu dienen, außerordentliche Kämpfe zu führen, welche möglicherweise die Zukunft für uns in Aussicht stellt.

Die Beratung erfolgte nach Abschnitten. Zum Ullgemeinen war ein Antrag vom Fabrikarbeiterverbande gestellt, daß die Zahl der Mitglieder der Generalkommission zu erhöhen sei, und daß jeder Verband mit mehr als 75000 Mitgliedern einen Sitz in der Generalkommission bekommen müsse. Ferner war ein Antrag gestellt, der eine Verminderung der Kongreßdelegierten bezweckte. (Das Regulativ bestimmt für je 5000 Mitglieder einen Delegierten.) Beide Anträge wurden abgelehnt. Es bleibt also dabei, daß die Generalkommission wie bisher aus 13 Mitgliedern besteht und daß auf 5000 Verbandsmitglieder ein Delegierter zum Gewerkschaftskongreß gewählt werden darf. Der vierteljährliche Beitrag zur Generalkommission wird von 4 auf 5 Pf. pro Mitglied erhöht.

Den größten Raum in den Verhandlungen über das Regulativ nahmen die Grenzstreitigkeiten in Anspruch. Es ist ganz erklärlich, daß Verufe, die in den verschiedenartigsten Betrieben arbeiten, auch von den verschiedensten Verbänden für ihre Organisation begehrt werden. So die unterschiedlichen Arbeiter in Fabriken. Sie beansprucht der Fabrikarbeiterverband im allgemeinen für sich, während vielfach andere Organisationen auf jene Arbeiter Anspruch erheben. Sehr begreiflich werden doch viele gelernter Verufe, die früher handwerksmäßig betrieben wurden, jetzt fast nur noch in Fabriken ausgeübt. Ähnlich geht es dem Transportarbeiterverbande. Auf die Kutscher in Mühlen, in Brauereien, in Glas- oder Brotfabriken werden z. B. häufig Ansprüche gemacht von der Organisation, die auch

die eigentlichen Betriebsarbeiter umfaßt. Dadurch können Streitigkeiten entstehen, denen das neue Regulativ mit der Einführung von Schiedsgerichten begegnet.

Es lag dem Kongreß bereits ein aktueller Schiedsspruch vor, der von einem auf freier Vereinbarung beruhenden Schiedsgericht zwischen den Verbänden der Transport- und der Brauereiarbeiter gefällt war. Es handelte sich um die Organisation der Bierkutscher. Beide Verbände erheben Anspruch auf sie, und beide mit guten Gründen. Das eingeklagte Schiedsgericht hatte entschieden, daß die Kutscher, welche das Bier direkt aus der Brauerei verfahren, dem Brauereiarbeiterverbande zugehörten, während die Kutscher der Bierverlägeren usw. wie auch die der Mineralwasserfabriken und dergleichen, sich im Transportarbeiterverbande organisieren müssen. Die Leitung der letztgenannten Organisation fühlte sich durch den Schiedsspruch benachteiligt und lief auf dem Kongreß gegen ihn Sturm. Sie verlangt aber nicht seine Aufhebung, was das einfachste gewesen wäre, sondern verlangt die Berufungsmöglichkeit an die Vorstandskonferenz gegen alle Schiedsprüche. Dieser Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 370 gegen 65 Stimmen abgelehnt. Dagegen wurde ein Antrag Schmidt mit sehr großer Mehrheit angenommen, welcher besagt, daß Beschwerde gegen Entscheidungen von Schiedsgerichten zulässig sein soll, wenn sie durch Verstöße gegen bestehende Gewerkschaftsgrundsätze oder im Verfahren begründet ist. Damit ist auch der Beschwerde des Transportarbeiterverbandes Rechnung getragen, der jedenfalls den Beschluß als rückwirkend ansehen und Beschwerde erheben wird. Denn solange die Form der Betriebsorganisation nicht durchgeführt werden kann, gehören u. E. Kutscher zum Transportgewerbe.

Eine weitere namentliche Abstimmung wurde vorgenommen über einen Antrag des Fabrikarbeiterverbandes, der vom Regulativ verlangte, es solle sofort die Industrieverbände einführen. Dieser Antrag wurde mit 387 gegen 74 Stimmen abgelehnt. Der Kongreß hat sich also damit begnügt, daß er für die Zukunft den Zusammenschluß der einzelnen Verbände zu Industrieorganisationen in Aussicht stellt, sofern die Entwidlung gewaltsam dazu dränge. Man kann damit einverstanden sein - müßen es die freien Gewerkschaften ganz ruhig erst einige Jahre damit versuchen, den erwünschten festeren Zusammenschluß zu erreichen. Die Grundlage dafür ist durch die zweitägigen Beratungen über das Regulativ geschaffen worden, dessen Gesamtannahme schließlich gegen eine geringe Minderheit erfolgte.

Herr Effert bestätigt!

Wir lesen in dem „Sieg-Rheinischen Volksblatt“ (Siegen, 25. Juni 1914) folgendes „Eingeladene“:

„Ein verkehrter Versuch mit untauglichen Mitteln. Gewerkschaftssekretär Effert schreibt uns: Das Organ des Siegerländer Lokalarverbandes, die „Christliche Arbeiter-Zeitung“, ver-publiziert in seiner Nr. 6 vom 21. Juni 1914 mit einem Schreiben des Abteilungs-Vogelzug an mich vom 9. März 1912 gegen den Gewerkschaftsverein Stimmung zu machen.“

Dieser Versuch ist ebenso dumm als fruchtlos. Am 6. März 1912 beschloß eine außerordentliche Generalversammlung des Gewerkschaftsvereins für das Ruhrrevier an dem Streik, der vom Dreizehntag 4 Tage später beschlossen wurde, nicht teilzunehmen. Unter diesen Umständen dürfte es selbst für die Führung des Lokalarverbandes nicht allzu schwer sein, einzusehen, daß der Vorstand des Gewerkschaftsvereins die Lohnbewegungen im Siegerlande zu derselben Zeit nicht zu einem Streik kommen lassen konnte und durfte. Diese Erkenntnis besaßen auch - wenigstens haben sie es gesagt - alle im Siegerlande angestellten und tätigen Beamten. Ja, dann war ja der Brief des Kollegen Vogelzug überflüssig, konnte man sagen. Für mich und die Kollegen im Siegerlande moß, nicht aber für den Vorstand. Infolge einer Krankheit, die mich plötzlich befiel, war die Zentrale in Offen ohne Nachricht von mir über die Situation im Siegerlande, auch ohne Nachricht, daß ich krank geworden war. Die letztere erhielt sie kurz telephonisch erst am 11. März, also an dem Tage, wo im Ruhrrevier der Streik ausbrach. Es war infolge dieser Verhältnisse nicht nur Recht, sondern auch Pflicht des Vorstandes, seine Stellungnahme für die Taktik im Siegerlande mitzuteilen, da er in Ermangelung einer Benachrichtigung nicht wußte, daß ich derselben Ansicht war (!!), wie der Vorstand. Diese Feststellungen dürften für jeden objektiv Denkenden genügen, um die lächerlichen Verurteilungen des Briefes auszubedenken, auf ihren wahren Wert zurückzuführen. Zudem war aber auch der Brief kein Geheimnis, sondern er war

Ehret die Alten und kämpft, ihr Jungen!

Vor fünfundsiebzig Jahren Der Anfang ward gemacht, Es wurde da geschlagen Die erste Bergmannschlacht! Es war ein heißes Ringen, Ein Ringen um das Brot, Zu mindern Unterdrückung, Zu scheuchen Not und Tod. Ihr Alten, seid gegrüßet, Die ihr da wart dabei, In eurer Reife fochtet, Von Druck und Tyrannei! Ihr Alten seids gewesen, Wir wissen es euch Dank, Ihr sprach für Bergmannseinheit, Ohn' Haber, ohne Zant!

Ihr standet bei der Taufe, Habt den Verband geheißt, Und unter schweren Kämpfen Euch Zahl an Zahl gereicht, So wurde aus dem Wäudchen Ein starker Eigenbaum, Daß man ihn fällen könnte Besteht nur noch im Traum! Doch viele, ach! der Brüder, Sie stehen uns noch fern, Wilden gar Gegenreihen Zum Schutze der Grubenherren! Oh, daß auch ihr erwachet, Die Augen schläget auf, Zu Reichen mit uns kämpfet, Dazu ein froh' Glück auf!

G. W.

Die maschinelle Kuh.

Der moderne Mensch hat das Sich-wundern etwas verlernt. Er wird also nicht sonderlich von der Geburtsangeige der maschinellen Kuh überrascht sein, die jetzt von Frankfurt-West aus erfolgt. Dort ist die maschinelle Kuh zur Welt gekommen und hat bereits begonnen, die Menschen mit Milch und Rahm und anderen einschlägigen Produkten zu versorgen. Man weiß, daß die in der östlichen Welt seit Jahrtausenden gepflanzte Soyahohne außerordentlich nahrhafte (mehr als 40 Prozent Eiweiß, etwa 30 Prozent Fett und einen ziemlich hohen Gehalt an Lecithin) aufweist, bisher aber in Europa so gut wie unbekannt geblieben ist. Durch eine Erfindung ist es nun gelungen, aus der Soyahohne, deren Eiweißkörper mit denen der Kuhmilch außerordentlich Aehnlichkeit haben, milch- und rahm-artige Produkte herzustellen. Das Vorsehen dieser Erzeugnisse er-trinnet stark an die entprechendes Kuhprodukte, sie übertreffen sie aber noch durch ihren höheren Nährgehalt, durch ihre unbedingt saubere Gewinnung und ihre völlige Freiheit an Krankheitserregern. Diese an Milch erinnernde „Soyama“ ist demnach angenehm frisch und wandelbar. Selbstverständlich läßt sich diese aus reinen pflanzlichen Naturprodukten hergestellte Milch, die einen hohen Gehalt an nebenwichtigen Lecithinverbindungen besitzt, für Tafel und Küche genau so wie die Kuhmilch verwenden. Volkswirtschaftlich ist die Verarbeitung der Soyahohne zu maschinellen Produkten von der allergrößten Bedeutung, weil damit neue wertvolle Nahrungsmittel geschaffen werden und weil ferner die großstädtische Bevölkerung von allen etwa drückenden Krisen auf dem Milchmarkt bis zu einem gewissen Grade unabhängig gemacht wird. Im Falle eines Milchmangels dürfte also die maschinelle Kuh als ein nicht zu unterschätzender Preisregulator auftreten. Die Soyama-Werte, denen es nach langen wissenschaftlichen Versuchen gelungen ist, den weiten Weg der Milchgewinnung erheblich abzukürzen, stellen aus der Soyahohne noch eine ganze Reihe anderer Nahrungsmittel dar, von denen vor allem das sogenannte „Soyama“ deshalb Beachtung verdient, weil auch hier der natürliche Reichtum der Soyahohne bei Gewinnung der Soyama-Werte

heftlich steigern soll. In der Tat haben schon einige Frankfurter Groß-bäcker sich diese Vorteile zunutze gemacht, und wir konnten bei einer Kostprobe feststellen, daß mit Soyamazufuhr hergestelltes Milch-gesäußert sich durch reinen, frischen Geschmack auszeichnet. Neben der Milch liefert die maschinelle Kuh, wie gesagt, auch Rahm, der als Kaffee- oder Teezusatz dient und als Kraftpendendes Nahrungsmittel speziell für Verdienstschwache in den Handel gebracht wird. Die maschinelle Kuh wird zweifelslos ihrer älteren Schwester und damit der Landwirtschaft einigen Abbruch tun, aber sie wird mit der Zeit den Bauer zwingen, ihr das Futter zu liefern und ihn dadurch vollaus-entschädigen. Denn der Soyama-Anbau, sachgemäß betrieben, soll sich auch in Deutschland reichlich lohnen. (E. B., „Frankf. Ztg.“)

Kältepol der Erde über dem Äquator.

Die Meteorologen haben erst vor wenigen Wochen unsere Auf-fassungen von der Wärmeverteilung über der Erde zum Teil umge-worfen. Sie behaupten nichts weniger, als daß es über dem Äquator viel kälter ist als in den hohen Breiten. Der das sagt, ist der berühmte österreichische Meteorologe Hann, der in dem jüngsten Heft der Meteorologischen Zeitschrift Vergleiche zwischen der Erforschung der obersten Luftschichten über Ostabia auf Java, nahe vom Äquator, und Belgien anstellt. Bisher nahm man an, daß sich auch in den obersten Luftschichten, soweit es heute möglich ist, sie zu erkennen, die Wärmeverteilung ungefähr der anpaßt, wie sie an der Erdober-fläche gefunden wird. Da im Durchschnitt um den Äquator das wärmste, gegen die Pole zu das kälteste Jahresklima herrscht, wenn man von den Hochgipfeln der Berge absteht, sollte auch nach der Höhe zu immer über den wärmsten Erdgebieten eine höhere Temperatur erwartet werden als in nördlich gelegenen Ländern. Wie die jüngsten Forschungen beweisen, ist gerade das Gegenteil der Fall. Die grimmigste Kälte liegt nicht in zu großer Höhe über den Erd-flächen, wo ein tropisches Klima einen ewigen Sommer hervorzaubert. Seit langer Zeit weiß man, daß mit zunehmender Höhe die Tem-peratur abnimmt. Sie sinkt nahe der Erdoberfläche um einen Grad für je 200 Meter nach aufwärts. Das geht so fort, bis eine Höhe von etwa 12000 bis 17000 Meter erreicht ist. Von da an nimmt die Temperatur neuerlich zu. Schon seit Jahren hat man dies durch kleine Ballons festgestellt, die man mit Meßinstrumenten aufsteigen ließ. Sie gelangen zuweilen bis zu 37 Kilometer über die Erde. Man möchte glauben, daß sie da oben die niedrigste bisher bekannte Temperatur gefunden haben. Und doch ist dies nicht der Fall. Wie Hann erst jetzt zeigt, ergaben wiederholte Ballonaufstiege über Ulele in Belgien Tiefemperaturen, die bis 80 Grad unter Null herab-gingen, während man bei zwei Ballonaufstiegen über Java bis zu 92 Kältegraden gemessen hat. Einer dieser Aufstiege wurde am 4. De-zember 1913 über Ostabia mit einem kleinen Meßballon bis in eine Höhe von 26 040 Meter ausgeführt. Schon in einer Höhe von 17 Kilome-ter fiel das selbsttätig aufsteigende Thermometer auf 91 Kälte-grad. Dann stieg es wieder, je weiter der Ballon emporstieg, und als er seine größte Höhe erreicht hatte, zeigte es nur noch -57 Grad. Ganz ähnliche Ergebnisse lieferte ein früherer Aufstieg, der am 5. No- vember 1913 ebenfalls über Java stattfand. Es wurden 92 Grad ver- zeichnet. Das sind die tiefsten Temperaturen, die man bisher auf der Erde kennt, und noch merkwürdiger ist, daß sie gerade über den heissesten

Erdstrichen gemessen wurden. Da man schon früher über Zentral-Afrika mehrmals nur ein wenig geringere Kältegrade gemessen hat als diese, ergibt sich, daß gerade über dem Gürtel des Äqua-tors die kältesten Luftmassen liegen. Dort ist es nur bis zu einer Höhe von etwa 12 Kilometer wärmer als über Europa, dann nimmt die Kälte so stark zu, daß sie bis zu 17 Kilometer Höhe beinahe um 30 Grad größer ist, als sie über Europa gefunden wurde. Ueber 17 Kilometer hinaus erfolgt eine rasche Abnahme der Kälte. Man konnte sie vorerst nicht weiter als bis etwa 26 Kilometer Höhe verfolgen. Dort war sie schon um 34 Grad geringer als in der Schicht der niedrigsten Temperatur. Man folgert daher, daß die kalten Luft-massen über dem Äquator liegen und nach den Polen zu abfließen. Das stimmt gerade alle früheren Auffassungen um, denn man war früher der fähigen Meinung, daß der Luftauftrieb, der ständig durch die Erwärmung über den heißen Erdstrichen stattfindet, ein Zustromen kalter Luft nur von den Polen her zur Folge habe. Man glaubte von den hohen Breiten strömt die kalte Luft zu, sie erwärmt sich über dem Äquator und fließt erwärmt nach den Polen zurück. Nun ist ein neuer Einblick gewonnen worden, der neue Voraussetzungen für die Wetterkunde zur Folge haben wird. Man hätte es sich bisher nicht träumen lassen, daß den nördlichen und südlichen Ländern vom Äquator nicht bloß warme, sondern auch eifige Luft zugeführt wird.

Die Staatsbahnen der Welt.

Die Länge der im Betriebe befindlichen Eisenbahnen betrug Ende 1912 über eine Million, genau 1 081 488 Kilometer. Davon enthielten auf Staatsbahnen 842 713 Kilometer oder 31,59 Prozent des Gesamt-netzes. Am stärksten ist das System der Staatsbahnen in Deutschland ausgebildet, wo von 62 735 Kilometer 58 298 Kilometer Staatsbahnen sind. In Oesterreich-Ungarn ist das Verhältnis schon ungünstiger: von 45 823 Kilometer sind 37 083 Staatsbahnen, in der Schweiz von 4818 Kilometer 2738. Italien hat bei einem Gesamtnetz von 17 420 Kilometer 13 369 Kilometer Staatsbahnen. In Frankreich ist der Anteil des Staates an der Verwaltung der Bahnen sehr gering. Nur 8941 Kilometer entfallen von 50 232 Kilometer auf Staatsbahnen. Rumänien hat fast nur Staatsbahnen, nämlich von 3607 Kilometer sind 3490 Staatsbahnen. Ähnlich verhält es sich in Bulgarien. Gar keine Staatsbahnen haben in Europa Großbritannien, Griechenland, Spanien und die europäische Türkei. Im europäischen Rußland ist über die Hälfte der Bahnen im Staatsbesitz. Das größte Bahnnetz der Welt haben die Vereinigten Staaten, nämlich 398 536, ohne daß aber auch nur 1 Kilometer verstaatlicht wäre. Von amerikanischen Ländern haben in nennenswertem Umfange Mexiko, Peru, Brasilien, Chile und Argentinien Staatsbahnen. In Asien ist es zunächst Ruß-land, in dessen Gebieten staatliche Eisenbahnen überwiegen. Die ein-digsten Bahnen sind größtenteils staatlich, ebenso sind von 10 085 Kilometer japanischen Bahnen 7837 Kilometer staatlich. In Afrika überwiegen die Staatsbahnen, da hier der Bahnbau besondere Opfer erheischt und die Kräfte des Privatkapitals in der Regel übersteigt. Von 42 707 Kilometer sind 25 522 Staatsbahnen. Sehr hoch entwickelt ist endlich noch der staatliche Betrieb in Australien, wo von 34 803 Kilometer 30 518 Kilometer Staatsbahnen sind.

allen Beamten des Gewerbezweigs in Wehndorf bekannt und Gegenstand einer Besprechung gewesen, die ich im Anschluß an den Brief mit den Kollegen hatte.

Das wichtigste in diesem „Eingeklappt“ ist die Erklärung des Herrn Effert, der von der „Christlichen Arbeiter-Zeitung“ ausginglich mitgeteilte Brief sei tatsächlich von Herrn Bogelgang am 9. März 1912 an Herrn Effert gerichtet worden.

Betrachten wir uns aber auch die nunmehrigen Angaben des Herrn Effert über die Entstehungsgeschichte und Bedeutung des Briefes näher.

Anfang März 1912 bringen die „Kölnische Volkszeitung“ und andere Zeitungen Nachrichten über „Lohnbewegungen“ im Siegerland. Mitarbeiter der „Kölnischen Volkszeitung“ in bergmännischen Gewerkevereinsangelegenheiten sind die Gewerkevereinssekretäre selbst, nicht zuletzt ist es Herr Effert.

Es ist wieder das Verhängnis der Gewerkevereinsführer, das Herrn Effert in seiner Aufregung über die Enthüllung in der „Christlichen Arbeiter-Zeitung“ fast mit denselben Worten, die wir in der vorigen Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ (siehe den Artikel: Verfall des Gewerkevereins) brauchen, das Doppel- und dreifache „überlegene Taktik“ erklären läßt: der Gewerkeverein habe beschlossen, sich nicht an dem Streik im Ruhrgebiet zu beteiligen.

„Unter diesen Umständen dürfte es selbst für die Führung des (Siegerländer)Zentralverbandes nicht allzu schwer sein, einzusehen, daß der Vorstand des Gewerkevereins die Lohnbewegungen (!!) im Siegerlande zu derselben Zeit nicht zu einem Streik kommen lassen konnte und durfte.“

Natürlich, das ist „nicht allzu schwer einzusehen“; wir haben in der vorigen Nummer dieser Zeitung den wahren Grund des „Stoppens“ im Siegerland, wie auch im Saargebiet, hervorgehoben. Herr Effert verrät nun aber auch selbst, daß die im Frühjahr 1912 — und zwar von ihm und seinen Kollegen — eingeleiteten Lohnbewegungen im Siegerlande im Gange waren. Es wurden darüber schon die „reinsten Schandergeschichten“ verbreitet. Doch lesen wir nochmals nach, was Herr Bogelgang am 9. März 1912 an Herrn Effert in das Siegerland schrieb. Die wichtigsten Briefstellen lauten:

„Die „Köln. Volkszeitung“ sowie andere Zeitungen bringen Nachrichten von Lohnbewegungen im Siegerland. Es darf jetzt unter keinen Umständen im Siegerland zum Streik kommen, der Gewerkeverein kämpft jetzt den schwersten Kampf, den er je gekämpft hat... Die ganze Siegerländer Presse mag schreiben was sie will, aber es darf unter keinen Umständen etwas von Lohnbewegungen über die Grenzen des Siegerlandes hinauskommen (!!). Wir wollen uns doch nicht unsere schwierige Lage noch verschlimmern lassen durch eigene Kollegen, die Wirkung solcher Artikel kosten wir hier am eigenen Leibe aus. Dies bekommt Du im Auftrage sämtlicher Kollegen des Vorstandes geschrieben. Man liest ja jetzt die reinsten Schandergeschichten über Siegerländer Lohnbewegungen...“

Der Gewerkevereinsvorstand hat im Ruhrgebiet durch seinen Generalverantwortungsbeschluss, durch zahlreiche Veranlassungsreferenten, Flugblätter und Zeitungen verkünden lassen, es sei jetzt (Frühjahr 1912) die allerungünstigste Zeit für einen Lohnkampf, die Konjunktur sei die denkbar schlechteste usw. Und da liest der Gewerkevereinsvorstand mit Entsetzen in der „Köln. Volkszeitung“ die „reinsten Schandergeschichten“ über die von Effert usw. eingeleiteten Lohnbewegungen! Die Konjunktur war sehr gut, das wußte auch Herr Effert und deshalb rief er im Siegerland zu Lohnforderungen, womit aber, wenn die Dinge ihren natürlichen Verlauf nahmen, die Pläne der Gewerkevereinsführer im Ruhrgebiet durchkreuzt wurden! Zu dieser Situation entstand der Brief Bogelgangs an Effert.

Um nun dieses jetzt aufgedeckte, beispiellose Mänkepiel als die harmloseste Sache von der Welt erscheinen zu lassen, nimmt Herr Effert Zuflucht zu dem Verlegenheitsmittel abgehaunter Staatsmänner: Er wird „plötzlich krank“! Die Krankheit Efferts ist so weitreichend, daß der Gewerkevereinsvorstand auch von den anderen Angestellten im Siegerland nicht mehr über den Stand der Lohnbewegungen im Siegerland unterrichtet wird, sondern auf die „schauerhaften Nachrichten“ in der Tagespresse angewiesen ist.

Herr Effert war, wie er nun schreibt, „derselben Ansicht wie der Vorstand“, also auch der Meinung, daß die „ungünstigste Konjunktur“ für einen Lohnkampf im Bergbau herrsche. Wie konnte trotzdem Herr Effert die Lohnbewegungen im Siegerland unterstützen, deren Ausgang, wie die „schauerhaften Nachrichten“ in der von den Gewerkevereinssekretären bedienten „Kölnischen Volkszeitung“ usw. den entsetzten Gewerkevereinsvorstand lehrten, wahrscheinlich ein Streik war!!!

Demzufolge haben die Gewerkevereinsführer im Siegerland den Bergleuten wahrheitsgemäß die Konjunktur als eine günstige für Lohnbewegungen, die Gewerkevereinsführer im Ruhrgebiet aber haben hier den Bergleuten wahrheitswidrig die Konjunktur als eine miserabel geschildert. Damit dieses Mänkepiel, dessen schwere Kosten die Bergarbeiter jetzt allgemein zu tragen haben, nicht „zur Unzeit“ offenbar wurde, stoppte man die Lohnbewegungen im Siegerland und, soweit das gelang, dürfte laut Anweisung des Gewerkevereinsvorstandes „unter keinen Umständen etwas von Lohnbewegungen über die Grenzen des Siegerlandes hinauskommen“!!! Gerade diese Anweisung beweist klipp und klar, daß der Gewerkevereinsvorstand genau wußte, daß seine „Taktik“ das Tageslicht zu scheuen hatte.

„Infolge einer Krankheit“ die mich plötzlich befiel, war die Zentrale in Essen ohne Nachricht von mir über die Situation im Siegerlande... schreibt der Herr Effert jetzt. Die „Krankheit“ war demnach so schwer, daß Herr Effert nicht einmal einen Brief oder ein Telegramm nach Essen diktieren konnte, ja, die „Krankheit“ warf Herrn Effert derart nieder, daß er nicht einmal mehr einen Kollegen bitten konnte, die Zentrale in Essen zu informieren. Daraus lassen sich die Fatale entwickelt haben, von deren harmlose Aufklärung sich nun der damals „sterbensranke“ Herr Effert bemühen muß.

Doch es geschah ein Wunder! Am 11. März erhält die „Zentrale in Essen“ erst „kurz telephonisch“ die Nachricht von der „schweren Erkrankung“ Efferts — — — und am 13. März schon erscheint der „totranke“ Effert frisch und gesund im Ruhrgebiet, am 14. März hält er mit bekannter Lungenkraft in

Wohin jene fulminante Rede gegen die streikenden Klassen-genossen, in der er von „Mob und Gefindel“ spricht!!!

Der „Totranke“ war über Nacht gesund geworden zum Kampfe gegen seine kämpfenden Klassen-genossen. So muß man zu den ungläubigsten Erklärungen greifen, muß sich in die kraßesten Widersprüche verwickeln, um eine schwere Sünde gegen den heiligen Geist der Arbeiterkollaborität als eine „überlegene Taktik“ erscheinen zu lassen. Wäre es nicht der Arbeiterkollaboration dienlicher, wenn die Gewerkevereinsführer nunmehr erklärten, sie hätten 1912 gefehlt und wollten durch Taten das geschehene Unrecht wieder gut zu machen suchen!?

Wider besseres Wissen!

„Eine große Rolle bei Streiks spielt jedoch die Geschäftskonjunktur. Diefelbe muß vor allen Dingen eine gute und im Aufschwung begriffen sein. Das gilt bei größeren Streiks nicht nur von der Geschäftslage am Orte, sondern im allgemeinen.“ (Handbuch der christlichen Gewerkschaften, Köln 1905, Seite 95.)

Alle Urteilsfähigen sind sich heute darüber einig, daß die Konjunktur im Frühjahr 1912 sehr gut und im Aufstiege begriffen war. Es war also nach dem „Handbuch der christlichen Gewerkschaften“ die denkbar günstigste Zeit zur erfolgreichen Durchführung einer Lohnbewegung. Selbst das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ (Nr. 14 vom 7. Juli 1913) mußte aufgeben:

„Noch nie war die Situation, für die Ruhrbergleute ohne Streik Lohn erhöhungen durchzusetzen, günstiger als im Frühjahr 1912. Die Löhne im Ruhrbergbau standen Ende 1911 tiefer als 1907; die englischen und belgischen Bergarbeiter befanden sich im Auslande; das Kohlen Syndikat hatte zum 1. April 1912 eine Preiserhöhung beschlossen.“

Der Abgeordnete Jmbusch sagte am 28. Mai 1913 vor dem Schöffengericht in Essen unter seinem Eid:

„Wenn der christliche Gewerkeverein die Lohnbewegung im Ruhrgebiet mitgemacht hätte, wäre der Streik nicht notwendig gewesen.“

Und selbst der „Bergknappe“ (Nr. 10 vom 8. März 1913) schrieb:

„Auf einen Streik der gesamten Bergarbeiter hätte man es nicht ankommen lassen.“

Ganz unsere Meinung! „Noch nie war die Situation für die Bergarbeiter, ohne Streik Lohn erhöhungen durchzusetzen, günstiger als im Frühjahr 1912; hätte der Gewerkeverein die Lohnbewegung mitgemacht, wäre der Streik nicht notwendig gewesen, denn auf einen Streik der gesamten Bergarbeiter hätte man es nicht ankommen lassen.“ Und in dieser denkbar günstigsten Situation, wo auch ohne Streik Lohn erhöhungen durchzusetzen waren, lehnten die „Christenführer“ ein gemeinsames Vorgehen mit den übrigen Verbänden ab und kommandierten zum Streikbruch. Trotzdem hat der „Bergknappe“ die Stirn, noch in seiner Nr. 27 vom 4. Juli 1914 zu schreiben:

„Wenn die Lohnverhältnisse eine solche bedauerliche Rückwärtsentwicklung genommen haben, so ist das zum nicht geringsten Teil auf das Konto der verpushten und unzeitgemäßen Lohnbewegung des Dreifaches im Frühjahr 1912 zurückzuführen. Hätte man auf unsere berechtigten Warnungen gehört und einen günstigeren Zeitpunkt zum Losschlagen gewählt, so hätten wir heute nicht über einen solchen Lohnrückgang zu klagen.“

Dem „Bergknappen“ ist bekannt, daß das offizielle Organ des Bergbauischen Vereins zu Essen, die Zeitschrift „Glück auf“ (Nr. 1 vom 7. Januar 1914) über die Geschäftslage in den Monaten November und Dezember 1910 berichtete:

„Auf dem Ruhrkohlenmarkt hat sich die bereits für den November festgestellte Besserung der allgemeinen Lage auch im Berichtsmontat fortgesetzt. In allen Sorten war der Absatz gut, stellenweise reichlich die verfügbaren Mengen zur vollen Vertriebung der Nachfrage nicht aus.“

Dem „Bergknappen“ ist bekannt, daß im Betriebsbericht der preussischen Bergverwaltung für das Rechnungsjahr 1911, Seite 5, die Wirtschaftslage wie folgt beurteilt wird:

„Die erfreuliche Besserung des Wirtschaftslebens, welche im Jahre 1910 festzustellen war, hat im Berichtsjahre angehalten.“

Dem „Bergknappen“ ist bekannt, daß im Betriebsbericht der preussischen Bergverwaltung für das Rechnungsjahr 1912, Seite 7, die Wirtschaftslage wie folgt beurteilt wird:

„Das Rechnungsjahr 1912, welches den Höhepunkt der seit dem Jahre 1910 beobachteten Aufwärtsbewegung des Wirtschaftslebens darstellt, war, wie für die gesamte Bergwerksindustrie Deutschlands, so auch für den staatlichen Bergwerks- und Hüttenbetrieb Preußens eine Zeit angespannter Tätigkeit und außergewöhnlichen wirtschaftlichen Erfolges.“

Dem „Bergknappen“ ist bekannt, daß die „Industrie“ (Nr. 268 vom 9. November 1912) in einer Besprechung der Wagenmangeldebatte im preussischen Landtag die Konjunktur wie folgt beurteilte:

„Die Wagenmangeldebatte im Abgeordnetenhaus hat zweierlei mit unanfechtbarer Sicherheit festgestellt und selbst der Herr Eisenbahnminister hat das nicht in Abrede stellen können: daß seit Jahren schon eine glänzende Konjunktur in unserem Wirtschaftsleben vorhanden ist, die sehr hohe Anforderungen an die Leistungsfähigkeit unserer Industrie stellt, und daß fernerhin seit Jahren schon nicht genügend Wagen gebaut werden.“

Dem „Bergknappen“ ist bekannt, daß der Bericht des Bergbauischen Vereins zu Essen für 1912, Seite 5, die Geschäftslage wie folgt beurteilt:

„Die verschiedenen Maßstäbe, welche uns zur Beurteilung des wirtschaftlichen Charakters eines Zeitabschnittes zur Verfügung stehen, lassen sämtlich das Berichtsjahr als ein Jahr eines starken Aufschwunges erkennen, dem selbst der Ausbruch des Krieges auf dem Balkan und die damit zusammenhängende allgemeine Benurruhigung keinen nennenswerten Abbruch zu tun vermochten.“

Dem „Bergknappen“ ist bekannt, daß die „Industrie“ (Nr. 158 vom 10. Juli 1912), also einige Monate nach dem Märzstreik 1912, die Marktlage wie folgt beurteilte:

„Nirgends sind Anzeichen zu bemerken, daß die gesunde Marktlage einer Veränderung entgegengeht. Noch immer sind die Werke bis an die äußerste Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt und trotzdem gehen die Bestellungen weiter so reichlich ein, daß die Lieferfristen nur schwer oder gar nicht innegehalten werden können und die Verbraucher froh sind, wenn

ste überhaupt so viel und so rechtzeitig Material erhalten, daß in ihren Betrieben keine Störungen eintreten. Da aber der enorme Bedarf natürlich nicht ewig anhalten kann, treten vorsichtige Käufer mit langfristigen Bestellungen mehr und mehr zurück und beschränken sich auf das Notwendigste. Trotzdem müssen doch immer noch so bedeutende Mengen angefordert werden, daß die Anträge kaum zu bewältigen sind.“

Dem „Bergknappen“ ist bekannt, daß trotz dieser glänzenden Wirtschaftslage die Kohlenvorräte im 4. Vierteljahr 1912 noch größer waren, wie in der gleichen Zeit des Vorjahres, und daß die „Bergwerks-Zeitung“ (Nr. 20 vom 4. Februar 1913) darüber berichtete:

„Im 4. Vierteljahr 1912 betrug die Förderung auf den zum Oberbergamtsbezirk Dortmund gehörigen Becken 25 845 696 To. (i. B. 23 217 527). Der Absatz und Selbstverbrauch beliefen sich auf 25 689 365 To. (23 482 100), so daß am Schluß des Jahres ein Bestand von 545 369 To. (492 090) verblieb. Im Betrieb waren 165 (161) Werke. Die Förderung hat gegen die gleiche Vorjahrszeit um 11,32 (2,68) Prozent, die Arbeiterzahl um 7,00 (3,84) Prozent zugenommen.“

Die Förderung hatte sich danach gegen die gleiche Zeit des Vorjahres um 11,32 Prozent erhöht, trotzdem betrug der Kohlenvorrat noch 545 369 Tonnen und war um 53 279 To. höher wie im Vorjahr, wo er nur 492 090 To. betrug. Trotzdem die Becken also das ganze Jahr hindurch bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt waren und die Aufträge kaum bewältigen konnten, hatten sich die Kohlenvorräte nicht verringert, sondern erhöht. Wenn die Bergarbeiter danach warten wollen, bis die Kohlenvorräte erschöpft sind, wird es zu einer Lohnbewegung überhaupt nicht mehr kommen.

Dem „Bergknappen“ ist bekannt, daß am dritten Streiktage (13. März 1912) nach der Statistik des Bergbauischen Vereins 235 148 Bergarbeiter im Streik standen. Die Zahl der Gesamtbeschäftigten im Oberbergamtsbezirk Dortmund betrug 348 092; davon waren 268 730 Untertagsarbeiter und 79 362 Obertagsarbeiter. Am dritten Streiktage streikten 208 721 Untertagsarbeiter und 26 427 Obertagsarbeiter. Die erdrückende Mehrheit der Untertagsarbeiter, auf die es hauptsächlich ankommt, stand also am dritten Streiktage schon im Auslande und die Beteiligung wäre noch stärker gewesen, wenn sich die „Christen“ angeschlossen hätten. Dann war der Erfolg gesichert. Schrieb doch selbst die „Rhein.-Westf. Ztg.“ am 20. März 1912:

„Der Streik konnte nur gewonnen werden, wenn die gesamte Belegschaft mitgerissen wurde und wochenlang durchhielt... Tatsächlich hat er auch einige Tage lang fast Hunderttausende mitgerissen... Daher das Misere der christlich-sozialen Gewerkschaft und ihrer ultramontanen Führer nach Militär... Es bleibt aber wichtig, daß hier die Zentrumspartei einmal mit größter Energie nach Militär verlangt hat, bei einem Streik, der — daran hatten wir fest — nicht mehr an Einschüchterung und Bedrohung sah, als die meisten großen Bergarbeiterstreiks.“

Die „Rhein.-Westf. Ztg.“ gibt hier der von den „Christen“ bergewaltigen Wahrheit die Ehre und brandmarkt ihr fluchwürdiges Treiben für alle Zeiten.

Dem „Bergknappen“ ist endlich bekannt, daß der wirtschaftliche Aufstieg der Jahre 1910, 1911, 1912 im Jahre 1913 seinen Abschluß fand und daß im Bericht des Bergbauischen Vereins für 1913, Seite 7, darüber gesagt wird:

„Im Berichtsjahre gelangte die wirtschaftliche Aufwärtsbewegung, welche die letzten Jahre ausgezeichnet hatte, zum Abschluß. Auf die Dauer konnte die allgemeine Benurruhigung, die von der Entwicklung der Dinge auf dem Balkan ausging, nicht verfehlen, einen lähmenden Einfluß auf die Geschäftstätigkeit in den meisten Zweigen unseres Wirtschaftslebens auszuüben; im besonderen wurde dadurch der Geldmarkt in Mitleidenschaft gezogen, dessen Versteifung vor allem der Bautätigkeit großen Abbruch tat und auch im übrigen die Unternehmungslust weitgehend hemmte. Im ganzen betrachtet wird man aber das Berichtsjahr nach wirtschaftlichen Ergebnissen noch als durchaus günstig bezeichnen dürfen.“

Aus all diesen Urteilen ergibt sich, daß die Geschäftskonjunktur in den Jahren 1910, 1911, 1912 „eine gute und im Aufschwung begriffen“ war; im Jahre 1913 gelangte diese wirtschaftliche Aufwärtsbewegung zum Abschluß. Schon Ende 1912 warf die Krise in der Eisenindustrie, im Bergbau usw. ihre Schatten voraus. In der zweiten Hälfte des Jahres 1913 setzte die Krise auch im Bergbau ein.

Der denkbar günstigste Zeitpunkt zur erfolgreichen Durchführung einer Lohnbewegung war nach alledem im Frühjahr 1912. Wir stimmen da mit dem „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ völlig überein: „Noch nie war die Situation, für die Ruhrbergarbeiter ohne Streik Lohn erhöhungen durchzusetzen, günstiger als im Frühjahr 1912.“ Die Geschäftskonjunktur war nicht nur eine gute, sondern eine glänzende und im Aufschwung begriffen. Alle Voraussetzungen des „christlichen“ Handbuchs zu einem Streik waren also glänzend gegeben. Das alles weiß auch der „Bergknappe“ und wenn er trotzdem nach wie vor das Gegenteil behauptet, geschieht das wider besseres Wissen!

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Wirtschaftliche Bedeutung der Kleintierzucht.

Vom Bergbauischen Verein und vielen Bechen wird die Kleintierzucht eifrig gefördert. In der Unternehmerpresse, in Flugschriften und Vereinen werden die großen wirtschaftlichen Vorteile der Kleintierzucht geschildert. In welcher übertriebenen Weise das geschieht zeigt folgender Artikel, den wir der Unternehmerpresse entnehmen:

„Die Bedeutung der Kleintierzucht für die Gebung des Wohlstandes der minderbemittelten Klassen wird in neuerer Zeit immer mehr erkannt. Nur welche nationalen Werte es sich dabei handelt, geht aus den Veröffentlichungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft über die Rentabilität der Kleintierzucht hervor. Danach stellen allein die Produkte der Ziegenhaltung in Deutschland jährlich einen Gesamtwert von 164 Mill. M., dar, wovon 150 Millionen auf den Wert der Milchzeugung und 14 Millionen auf den Wert der Schlachtung entfallen. In dem verhältnismäßig kleinen Bezirk der jetzigen Land- und Stadtkreise Dortmund, Görde, Bochum, Mitten und Herne beläuft sich der Wert der jährlichen Erzeugnisse aus der Kleintierzucht auf etwa 5 Mill. M. Der Gesamtwert der Kleintierzucht betrug Anfang 1912 in Deutschland schätzungsweise etwa eine Milliarde Mark, der bei einiger Anstrengung auf zehn Milliarden zu steigern sein wird.“

Für den Arbeiter, der in der Lage ist, eine oder mehrere Arten von Kleinvieh zu halten, bedeutet dies eine nicht zu unterschätzende Verbesserung der Lebenshaltung. Eine von sachmännischer Seite unlangst vorgenommene Berechnung der Erträge aus den verschiedenen Zuchten dürfte in dieser Hinsicht besonders Interesse beanspruchen.“

Es ergibt sich, die Aufzucht von zwei Ziegen einen jährlichen Ueber- schuß von 100 Mk., die Zucht von zwei Schweinen 100 Mk. und die Schweinefärberei (zweimal zwei Schweine) etwa 200 Mk. Die Hühner- zucht und Gänsezucht werfen einen Nutzen von je 61 Mk., die Enten- zucht von 42 Mk. ab. Durch die Kranichzucht (etwa 25 Tiere) kann ein Nutzen von 180 Mk. erzielt werden. Außerordentlich ertrag- reich ist die Bienezucht, die allerdings nur in Gegenden mit Wald oder Gebüsch, Wieser- und Gartenbau betrieben werden kann; sie bringt einen jährlichen Ueberfluß von 440 Mk. Dabei wird ausdrück- lich betont, daß die angegebenen Erträge sehr niedrig gegriffen sind und sich bei einigem Geschick der Züchter leicht erhöhen, ja ver- doppeln lassen.

Für die Arbeitgeber ist es eine wichtige soziale Aufgabe, das Interesse der Arbeiter an der Kleintierzucht zu wecken und zu fördern. In besonderer Weise geschieht dies bereits im rheinisch- westfälischen Industriebezirk, wo infolge der ständig wachsenden Aus- beutung des Industriebezirks eine günstige Grundlage für die Kleintierzucht gegeben ist. Gerade der Bergmann, der über mehr freie Zeit verfügt, als andere Arbeiter (kürzere Schichtdauer), ist ja auch der gegebene Kleintierzüchter. Bei Anlage der neueren Arbeiter- kolonien, die zum Teil aus Einfamilienwohnungen mit umliegenden Gärten bestehen, ist man in der Regel auch darauf bedacht gewesen, durch Einrichtung von zweckentsprechenden Stallungen den Leuten den praktischen und nützlichen Betrieb der Kleintierzucht zu ermöglichen.

Die Kleintierzucht hat denn auch in den letzten Jahren im Ruhr- gebiet einen gewaltigen Aufschwung genommen. Die Leute haben sich vielfach in Kleintierzuchtvereinen und diese in dem „Verband der Kleintierzüchter im Industriebezirk“ zusammengeschlossen. Vorherrscher des Verbandes ist Gehobrat Müller von der Hapener Bergbau- K. G., Hauptgeschäftsführer Dr. Müller, Direktor der Landwirtschaftlichen Schule in Dortmund. Zu den Verwaltungskosten leisten die Bergbauliche Verein in Essen und einige größere Bergwerksge- sellschaften namhafte jährliche Beiträge. Der Verband hat sich in kurzer Zeit so entwickelt, daß die Anstellung eines Zuchtleiters notwendig wurde. Ende 1912 gehörten dem Verband 888 Vereine mit 15 845 Mitgliedern an, davon betreiben Ziegenzucht 776, Geflügelzucht 1921, Kranichzucht 887, sonstige Kleintierzucht 568, Bienezucht 98 Mit- glieder. Bei dem rasch wachsenden Interesse für die Kleintierzucht wird das Arbeitsgebiet des Verbandes in den nächsten Jahren noch bedeutend an Umfang zunehmen. Zur Beförderung des Interesses und zur Belehrung seiner Mitglieder gibt der Verband eine Zeitschrift „Der Kleintierzüchter“ heraus, die wöchentlich erscheint und zum Preise von 2 Mk. jährlich zu beziehen ist. Mit dem Verlag ist eine Klein- tierzuchtberatungsstelle verbunden. Um die Verbreitung und die Er- folge der Züchter des Industriebezirks weiteren Kreisen zu zeigen und den Züchtern selbst neue Anregung zu geben, wird der Verband am 8. und 4. Oktober 1914 in Dortmund seine erste größere Wande- rausstellung veranstalten.

Alle diejenigen, die sich mit Kleintierzucht beschäftigen haben, werden erstaunt sein darüber, daß durch die Aufzucht von zwei Ziegen ein jährlicher Ueberfluß von 100 Mk., die Zucht von zwei Schweinen 100 Mk., die Mast von vier Schweinen etwa 200 Mk. zu erzielen sein soll. Hühnerzucht und Gänsezucht sollen einen Nutzen von je 61 Mk., Entenzucht von 42 Mk., 25 Kranichen von 180 Mk., Bienezucht von 440 Mk. abwerfen. Durch die Zucht von 10 Ziegen sind danach zu verdienen 5 x 100 = 500 Mk., durch die Zucht von 10 Schweinen 5 x 100 = 500 Mk., durch die Mast von 20 Schweinen 5 x 200 = 1000 Mk., durch die Zucht von 5 Hühnern 5 x 61 = 305 Mk., von 5 Enten 5 x 42 = 210 Mk., von 100 Kranichen 5 x 180 = 9000 Mk., von 5 Bienehöfen 5 x 440 = 2200 Mk., von 5 Gärten 5 x 61 = 305 Mk., Summa 9220 Mk.

Diese Summen kann der Züchter bei einigem Geschick nach der von „fachmännischer Seite“ vorgenommenen Berechnung leicht erhöhen, ja ver- doppeln. Durch die Zucht von 10 Ziegen, 10 Schweinen, 5 Hühnern, 5 Gärten, 5 Enten, 100 Kranichen, 5 Bienehöfen und die Mast von 20 Schweinen kann danach ein jährlicher Gewinn von 12 440 (zwölftausendvierhundertundvierzig) Mark erzielt werden! Und das plagen sich Millionen Menschen jahraus jahrein von früh bis spät für einen Jahreslohn von 1000 Mk. und weniger und durch Klein- tierzucht sind mit spielender Leichtigkeit jährlich 50 000 bis 100 000 Mk. zu verdienen. Das Geld liegt bergab auf der Straße und die Mensch- heit ist zu dumm, es aufzuheben. Die ca. 900 000 deutschen Vergleute tragen ihre Haut zu Warte, plagen sich für Jahreslöhne von 900 bis 1800 Mk., diese Loren! Würden sie sich die von „fachmännischer Seite“ vorgenommene Berechnung“ zunutze machen, den „Kohlsberg an den Nagel hängen“ und Kleintierzucht betreiben, könnten sie mühelos den zwanzig bis hiezigfachen Betrag verdienen.

Ein katholisches Blatt über den Krieg.

In einem Artikel „Kriegs- und Müstungslasten“ berechnet die katholisch-sozialistische Halbmonatschrift „Stände-Ordnung“ (Nr. 12, Seite 359), daß die Kriege insgesamt 1200 Millionen Menschen ver- nichtet und einen Schaden von 2000 Milliarden verursacht haben. Das Blatt schreibt:

„Wenn man die enormen Kosten eines Krieges bedenkt, ganz abgesehen von den Verlusten an Menschenleben, so muß man sich wundern, daß die Geldfrage allein nicht vermocht hat, Kriege aus der Welt zu schaffen. Wahrscheinlich würde das in viel höherem Maße der Fall sein, wenn die Kriege den Fürsten und Staats- Leuten persönlich so große Unbequemlichkeiten, Opfer und Lasten auferlegten als den Vätern selbst.“

Trotz all dieser Opfer werde „das Land im ganzen durch Kriegs- eroberungen nicht um einen Fuß breit vermehrt“. Es heißt dann weiter:

„Unberechnet sind hierbei noch die alle direkten und indirekten Kriegsfolgen um das Vielfache überschreitenden Kosten der Unter- haltung und Ausbildung der Soldaten im Frieden geblieben. Nicht man endlich den unerschöpflichen Schaden an Ehre und Religion in Betracht, der durch Kriege und Kriegseröffnungen den Völkern zuge- fügt wird, so muß man sagen: Es ist eine himmelschreiende Schande, daß nicht mehr Mühe aufgewendet wird, um durch Schiedsgerichtliche Kriege zu vermeiden und durch diplomatische Verhandlungen inter- nationale Abbrütungen künftige Verheerungen zu verhindern. So gut man internationale Verträge und Vereinbarungen über die Luftschiffahrt, über Arbeiterschutz und über Auslieferung von Verbrechern schließen kann, so gut könnte man auch über internationale Abbrütungen ver- handeln, wenn der gute Wille vorhanden wäre und nicht Privat- interessen einer kleinen mächtigen Clique dem Wohle der Gesamtheit vorgezogen würden.“

In einem zweiten Artikel wird es als „lässig bezeichnet, von „Nationen“ zu sprechen, wo die Millionen Menschen der einzelnen Völker einigen wenigen „internationalen“ Kapita- listen zu beliebigem und uneingeschränktem Aus- beutung überantwortet sind“. Für denkende Katholiken werde „der Völkervereinigungswille gewisser Leute immer mehr zu einem unerträglichen, widerlichen Ekel; ihr Hurra- rufen müde einen an, als ob da ein Sammeljubiläum von Völkern und Völkern wäre; Leute, kommt und seht, wie schon die das Vaterland verraten“. Wer aber jene Abgeirrten zur Ver- nunft bringen wolle, dem schreie man das Wort „Staatsfeind“ ent- gegen.

Retorm der Berginspektion.

Retorm der Berginspektion.

Die wichtigste Organisation des Grubenrettungswesens sind die Grubenwehren, die den Zweck haben, in Fällen von Explosionen, Grubenbränden, Gasausbrüchen usw. helfend einzugreifen und Menschenleben und Eigentum vor der Vernichtung zu bewahren. Die bei den Rettungsarbeiten hauptsächlich in Frage kommenden Gerä-

tschaften sind Gastauchgeräte, die den Aufenthalt in giftigen und un- angenehmen Gasen ermöglichen, und Wiederbelebungsmittel. Die Ver- sorgung zum Ausbau des bergmännischen Rettungswesens werden schon weit zurück. Grundlegende Verdienste um das Grubenrettungs- wesen überhaupt und besonders um den Bau von Gastauchgeräten hat sich Friedrich Alexander v. Humboldt erworben. Bereits im Jahre 1790 hat er in seinem Buch „Ueber die unterirdischen Gasarten und die Mittel, ihre Nachteile zu vermeiden“, vorgeschlagen, in jedem Berg- baubezirk wenigstens ein Gastauchgerät bereit zu halten und einige Menschen in dessen Gebrauch zu unterweisen. Besonders Interesse hat diesem Zweige des Rettungswesens auch von jeder der Bergnützliche Verein in Essen entgegengebracht. In dem von ihm herausgegebenen Sammelwerk über den nederländisch-westfälischen Steintohlenberg- bau wird erwähnt, daß auf Veranlassung des Bergbauvereins im Jahre 1871 auf mehreren Steintohlengruben bei Essen und Bochum praktische Versuche mit einem Gastauchgerät von Mouquayrol-Denayrouze an- gestellt wurden. Bei dem günstigen Ergebnisse der Versuche sei eine größere Anzahl von Grubenbesitzern und Bergleuten im Gebrauch des Gerätes unterrichtet worden und habe auch in einem mit unatembaren Weitem erfüllten Raum Arbeiten aller Art ausgeführt.

In neuerer Zeit ist das Rettungswesen zu einem wichtigen Zweige der Bergbautechnik geworden. Die mit dem Fortschreiten in größerer Tiefen wachsenden Gefahren des Bergbaues haben das Bedürfnis nach Rettungsvorkehrungen erheblich gesteigert. Zahlreiche Bergwerksver- waltungen haben für ihre Gruben besondere Rettungstruppen ein- gerichtet, und in einigen Bergbaubezirken, wie im Ruhrgebiet, ober- schlesischen, niederschlesischen und Maschener Gebiet, sind Rettungs- zentralen gebildet worden.

In dem wichtigsten deutschen Bergbaubezirk, dem rheinisch-west- fälischen Kohlenrevier, haben die Zechenbesitzer bekanntlich eine Haupt- stelle für das Grubenrettungswesen eingenommen und diese dem Verein für die Bergbaulichen Interessen in Essen angegliedert. Ueber die Organisation und die Tätigkeit dieser Rettungszentrale im Jahre 1912 dürften einige Mitteilungen von allgemeinem Interesse sein.

Die Hauptaufgabe der Zentrale besteht in der Ueberwachung der Instandhaltung der Rettungsapparate auf den Gruben und der Aus- bildung der Rettungsmannschaften. Der Hauptstelle gehören in der Ver- richtungsjahre, ebenso wie im Jahre vorher, 284 Schachtmägen an. Von diesen besitzen 148 Schachtmägen freitragbare Atmungsgeräte, die übrigen verfügen über Schlauchgeräte. Nach einem von der Haupt- stelle aufgestellten Plan der gegenseitigen Hilfeleistung ist die rasche Erreichung von Atmungsgeräten im Ernstfalle — wie auch die größeren Explosionen der letzten Jahre gezeigt haben — sichergestellt. Die Hauptstelle selbst ist mit den wichtigsten Arten von Atmungs- geräten ausgestattet, mit denen eingehende Versuche gemacht worden sind. Im Berichtsjahre wurde auch ein tragbares Gruben-Telephon mit 1000 Meter Kabel angeschafft, das den Gruben im Bedarfsfalle zur Verfügung steht. Weiterhin besitzt die Hauptstelle noch mehrere Wiederbelebungsmittel.

Insgesamt waren Ende des Berichtsjahres auf den Gruben 108 Drägergeräte, 486 Weisfaliageräte, 14 Geräte älterer Typen, zusammen 898 freitragbare (Cauerstoff-)Atmungsgeräte, ferner 287 vollständige Schlauchgeräte mit ebenso viel Gehäusen und 330 Wiederbelebungsmittel vorhanden. Ein Vergleich mit der amtlichen englischen Statistik über die auf den dortigen Gruben vorhandenen Rettungsapparate dürfte von Interesse sein. Ende 1912 waren in dem weit ausgebreiteteren englischen Bergbau 288 Dräger- bzw. Weisfaliageräte und 228 eng- lische Geräte vorhanden. Die Zahl der Geräte ist also im Verhältnis zu der Zahl der im rheinisch-westfälischen Revier verwendeten Apparate recht klein. Die Zahl der ausgebildeten Rettungsmannschaften der Gruben, die sich bei Einrichtung der Rettungszentrale Anfang Oktober 1910 auf etwa 2500 Mann belief, stellte sich Ende des Jahres auf rund 4000 Mann. Die erforderlichen Mannschaften sind jetzt auf allen Gruben vorhanden. Die Beamten der Hauptstelle nahmen im Jahre 1912 587 Revisionen vor und beteiligten sich an 30 Übungen der Rettungstruppen auf den Gruben. Bei Unglücksfällen haben die Atmungsgeräte im Jahre 1912 keine Verwendung gefunden, da sich keine größeren Explosionen ereignet haben. Zu Brandbekämpfungsmitteln und anderen Zwecken sind jedoch häufig herangezogen worden.

Wir verkennen durchaus nicht, daß das Rettungswesen im Berg- bau besonders in neuerer Zeit große Fortschritte gemacht hat. Aber es darf nicht außer Betracht bleiben, daß man bisher mit dem Rettungs- apparaten nur verhältnismäßig wenig Menschen rettete; es handelte sich zum Teil nur um die Rettung von wirtschaftlichen Werten. Sagte doch selbst Herr Bergrat Schöffler-Warlinghausen auf dem ersten internationalen Kongreß für Rettungswesen und Unfallverhütung, der vom 10. bis 14. Juni 1908 in Frankfurt a. M. tagte, u. a.:

„Der Bergwerksdirektor Meyer hat hervorgehoben, daß mit den Apparaten selten Menschen gerettet werden, sondern zum Teil um wirtschaftliche Werte. Er hat seine Apparate darum nicht Rettungs-, sondern nur Atmungsapparate genannt. Ich habe über 100 Gruben- brände und Explosionen mitgemacht, die meisten ohne Rettungs- apparate. Man schickt die Leute mit Abführung immer 10 bis 20 Meter vor. Sind Rauchgase vorhanden, dann hat weder der Helm, noch die Brille viel Zweck, denn die Augen fangen an zu brennen und die Leute können in den meisten Fällen, namentlich bei Bränden, nicht mehr sehen.“

Auf diese Ausführungen erwiderte Herr Bergwerksdirektor Meyer = Ferner:

„Die Worte des Herrn Bergrats Schöffler haben mich geradezu niedergerückt, um so mehr, weil gerade er viel mit diesen Apparaten gearbeitet hat.“

In seinem Vortrag über „Einrichtung und Unterhaltung von Grubenwehren“, der dem Kongreß gedruckt vorlag, führte Herr Berg- werksdirektor Meyer aus:

„Seit dem Jahre 1899 hat das Rettungswesen im Bergbau eine große Verbesserung erfahren und eine Verbreitung angenommen, welche alle Erwartungen weit hinter sich gelassen hat. Vor allen Dingen hat sich in den leitenden Kreisen des Bergbaues die Erkennt- nis immer mehr Bahn gebrochen, daß die gewaltigen, der Folge der Bergbautechnik anvertrauten unterirdischen Schächte nicht in ge- ringem, sondern in höherem Grade als die oberirdigen, unserer Einwirkung verhältnismäßig leicht zugänglichen Werte des Schutzes gegen die vernichtende Macht des Feuers oder einer Explosion bedürfen.“

Die Bergarbeiter haben danach keine Ursache, anzunehmen, ihre- wegen würde mit solchem Eifer am Ausbau des Rettungswesens ge- arbeitet. Diefelben Herren, die mit allem Eifer den Ausbau des Rettungswesens betreiben, sind ja die entscheidendsten Gegner einer wirksamen Grubenkontrolle durch die Arbeiter. Und das besagt alles.

Anfallgefahren im schlesischen Bergbau.

Wenn früher schwere oder tödliche Grubenunfälle bekannt wurden, wurde in den Kreisen der Bergarbeiter lange und wochenlang darüber debattiert und gesprochen. Das ist heute nicht mehr der Fall. Der schweren und tödlichen Unfälle werden eben zu viel, so daß sich allmählich jeder daran gewöhnt. Das ist ein sehr großer Fehler. Jeder Berg- mann sowie jede Bergmannsfrau, müßten bemüht sein, die Ursachen der Unglücksfälle festzustellen und sich die Frage vorzulegen, ob denn das nicht zu verhindern gewesen wäre. Was heute dem einen geschieht, kann morgen dem anderen passieren, und niemand weiß, ob er nicht in wenigen Stunden ein Opfer des kapitalistischen Systems sein kann. So hat am 30. Juni auf dem Hönningsschicht wieder ein 17-jähriger Bergarbeiter sein Leben ausgehaucht. Wußte dies sein? Wir sagen nein! Die Strede, wo der Unglücksfall sich ereignete, soll schon seit längerer Zeit recht schlecht ausgehauen haben. Schon eine Woche vorher hat man Höhere herausnehmen müssen, damit die Wagen hindurch gingen. Eine Anzahl Baue waren vollständig zerbrochen und trotzdem hat man nicht daran gedacht, daß Gefahr vorhanden sein könnte. Warum hat man einen Teil der Baudrittelle abgebrochen? Schon seit längerer Zeit mit fördern lassen? Gähte man die Leute auf Reparatur belassen, wo sie hingehören, wäre es möglich gewesen, die schlimmsten Stellen dieser Strede zu beseitigen, und es ist sehr fraglich, ob sich dann der Unfall ereignet hätte. Schlimm muß es mit der baulichen Sicherheit aussehn, wenn die Wagen mit dem Hüden durch- gedrängt werden müssen und dann die Strede zusammenbricht, das Opfer unter sich begräbend. Auch der Querschlag Nr. 8 soll sich nicht in bestem Zustande befinden. Wenn, wie z. B. in Strede 6, dann plötzlich eine ganze Anzahl Stellen mit Reparaturarbeitern belegt sind, um die Förderung aufrecht zu erhalten, ist es kein Wunder, daß der Zustand der einzelnen Stredeenteile besonders gefährlich und unüber- windlich ist es noch, die Frage aufzuwerfen, wie der Trans-

port in der Grube vor sich gegangen wäre, wenn der tödlich Ver- unglückte „nur“ schwer verletzt gewesen wäre. Es kann eben nicht oft genug darauf aufmerksam gemacht werden, für einigermaßen gute Verbindungs- und Wetterstrecken zu sorgen. Hat der Sicherheitsmann in dem Aussehen der genannten Strede nichts Bedenkliches gefunden? Auch hier möchten wir dringend die warnende Stimme erheben, daß der Sicherheitsmann nicht nur hinter den Beamten herspaziert und sich blickt, wenn niedrige Stellen kommen, sondern daß er sich bewußt ist, deshalb gewöhnt zu sein, um Leben und Gesundheit seiner Kameraden vor den Gefahren in der Grube zu schützen. Es könnte einmal die Zeit kommen, wo wir den Sicherheitsmann verantwortlich machen müssen für das, was durch Außerachtlassung der einfachsten Maß- nahmen in der Frage des Arbeiterschutzes geschehen ist. Wir haben in Sachsen die traurige Tatsache zu verzeichnen, daß trotz Sicher- heitsmänner die Unfälle dauernd im Steigen begriffen sind. Im Jahre 1912 betrug die Zahl der gemeldeten Unfälle 6204 gegen 4768 im Vorjahre. Auf den Arbeitstag (das Jahr zu 300 Arbeitstagen gerechnet) entfielen somit 17,5 Unfälle, während im Vorjahre nur 15,9 Unfälle auf den Tag entfielen. Ueber die Ursachen der Unfälle sagt der Bericht der Section VII der Knappschafts-Vereinsgenossen- schaft, daß 224 Personen, das sind 60,06 Prozent der zur Entscheidung gelangten, infolge der Gefährlichkeit des Betriebes an sich, 129 Personen, das sind 34,58 Prozent, durch eigene Schuld, 18 Per- sonen, das sind 5,49 Prozent, durch die Schuld von Mit- arbeiter und 7 Personen, das sind 1,88 Prozent, durch Mängel des Betriebes verunglückt sind. Das sind Behauptungen, welche nach den Untersuchungen der Bergarbeiter nicht zutreffen. Die Gefährlichkeit der Betriebe, auf dessen Konto über die Hälfte der Unfälle gebucht werden, sind eben zum großen Teil in den vorliegenden Mängeln der Betriebe zu suchen. Veseitigung der Gefährlichkeit der Betriebe muß die Aufgabe der Betriebsverwaltungen sein, dann werden die Unfallzahlen fallen, wie es die Arbeiter verlangen können. Nach unseren Erfahrungen können wir nicht glauben, daß nur 7 Personen durch vorhandene Mängel des Betriebes, also durch die Schuld der Unter- nehmen, verunglückt sein sollen. Solange in mangelhaft ausgebauten Strecken Menschenleben zugrunde gehen, in Kreuzbergen schwere Un- glücksfälle sich ereignen, durch rücksichtslose Unterebenen die Unfälle gefolgert werden, solange werden wir die zur Regel gewordene Frei- sprechung der Unternehmer von der Schuld an den Unglücksfällen als einen Fehlspruch bezeichnen. Wir stehen nach wie vor auf dem Stand- punkt, daß ein großer Teil der Unfälle im Bergbau zu vermeiden ist, wenn die Unternehmer mit demselben Eifer, mit dem sie nach mehr Kohlen schreien, auch bestrebt wären, Leben und Gesundheit der Berg- arbeiter zu schützen. Im schlesischen Landtag ist von sozialdemokratischer Seite angeregt worden, den Beamten anstatt Prüfungen für geforderte Wagen Kohlen, eine solche zu zahlen zur Verhütung von Unfällen. Beamte, in deren Meider die wenigsten oder gar keine Unfälle zu ver- zeichnen sind, sollen eine Prämie erhalten. Wenn man sich immer rühmt, alles zu tun, was ein erhöhter Arbeiterschutz erfordert, müßte man auch dieses Mittel versuchen. Wir bezweifeln, daß man Gebrauch davon macht.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Braunkohlenindustrie und Syndikatspolitik.

Das Mitteldeutsche Braunkohlen-Syndikat, um- faßend die Braunkohlenindustriewerke in Sachsen-Thüringen, Braun- schweig, Brandenburg, im Lebziger Becken, in Altensburg und Anhalt, wurde 1910 gegründet, zerfiel aber am 1. April 1913, weil man sich über die Höhe der einzelnen Beteiligungsziffern nicht einigen konnte. Der Verfall dieses Syndikats wurde von den übrigen Syndikats- geitungen sozusagen als ein „nationales Unglück“ hingestellt und den mitteldeutschen Braunkohlen- und Brikettindustrie eine schwere Krise prophezeit. Nun berichtet der Deutsche Braunkohlen- und Brikettverein:

„Die Produktion an Braunkohlenbriketts und Kohlspreizsteinen stieg sich 1913 im Deutschen Reich auf 21 417 010 Tonnen gegen 19 658 050 Tonnen im Jahre 1912. Dies entspricht einer Zunahme von 2 859 020 T. oder gleich 12,4 vom Hundert. Die Förderung der Braun- und Steinkohle zusammen ist von 73,7 Mill. T. im Jahre 1885 auf 278,6 Mill. T. im Jahre 1913 gestiegen. Die Braun- kohlenförderung betrug 1913: 87,1 (i. V. 80,9) Mill. T. gegen 44,5 Mill. T. im Jahre 1901; sie hat also in den letzten zwölf Jahren ungefähr eine Verdoppelung erfahren. Dagegen betrug die Steinkohlenförderung 1913: 191,5 Mill. T. gegen 174,8 Mill. T. im 1912. Die Steinkohlenförderung erhöhte sich im Berichtsjahre um 9,5 v. H., die Braunkohlenförderung um 7,94 v. H. Soweit sich aus dem zugänglichen statistischen Material ein Schluß ziehen läßt, dürfte bei den Werken, die früher zum Mitteldeutschen Braun- kohlen-Syndikat gehörten, eine Steigerung der Industriebrikett- abgabe um fast 3 v. H. eingetreten sein. Andere Verkaufsbere- einigungen bzw. Werke geben teils eine etwas geringere, meist aber eine höhere Verhältniszahl für Industriebriketts an; jedenfalls kann festgestellt werden, daß auch im letzten Jahre die bisher schon beobachtete verhältnismäßige Zunahme des Industriebrikettverbrauchs angehalten hat. Der Verbrauch von Braunkohlenbriketts ist in immer weiteren gewerblichen und industriellen Unternehmungen als Ersatz für Steinkohle wurde im letzten Jahre namentlich dadurch begünstigt, daß die Brikettpreise gegenüber den Steinkohlenpreisen im Verhältnis stark zurückgegangen waren. Es produzierten 1912: 1378 Brikett- 1913 191 Mill. T. Braunkohlenbriketts, 1913: 1463 Brikett 21,3 Mill. Tonnen.“

Damit wird bestätigt, was weiterblickende Volkswirte, schon nicht syndikatsfeindlich, den Werksyndikaten zum Vorwurf machen, nämlich, daß sie durch ihre Preisstreiberien den Ab- satz mindestens relativ beschränken. Nach dem Verfall des Mitteldeutschen Braunkohlen-Syndikats gingen zwar die Kosten- und Brikettpreise zurück, aber nun nahm der Absatz stärker zu und so wurde, wie die hohe Ausbeute der Werke ausweist, der Einnahme- verlust pro Tonne durch die Erhöhung des Absatzes ausgeglichen. Der Betrieb konnte regelmäßiger innegehalten werden, was Arbeitern und Werksbesitzern zugute kam. Die düsteren Prophezeiungen der Syn- dikatsänderer haben sich als falsch herausgestellt.

Wie die Syndikatsauflösung im Einzelnen wirkte, darüber be- richtete das Syndikatsblatt, die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“, am 8. August 1913. Nachdem eine Preisermäßigung eingetreten, sei „der Absatz der deutschen Kohlsöhle und Briketts ganz wesentlich gemessen“, während die Einfuhr zurückging. Am 11. Oktober 1913 berichtete das- selbe Blatt, die Auflösung des Syndikats sei für die Mehrzahl der Werke bei weitem kein so schwerer Schlag gewesen als befürchtet wurde. Die Zechen- und Brikettwerke Braunkohlenwerke berichten, seit der Auflösung des Syndikats sei der Brikettabsatz 50 bis 60 Proz. gestiegen, ebenfalls der Werksüberschuß. Das Braunkohlenwerk Leonhard bei Bispendorf teilte den Aktionären mit, während der Existenz des Mitteldeutschen Braunkohlen-Syndikats habe der Schacht Leonhard II „wegen ungenügender Beteiligungsquote“ stillgelegt werden müssen! Nachdem das Syndikat einging, habe, infolge der Preisermäßigungen, der Absatz so stark zugenommen, daß der Schacht Leonhard II wieder in Betrieb genommen werden konnte!

Angeichts dieser Erfahrungen ist es wohl zu verstehen, daß es den Syndikaten (siehe das langwierige Verhandeln über das rheinisch- westfälische Kohlen-Syndikat) immer schwieriger wird, sich zu erneuern.

Rheinisch-Westfälisches Kohlen-Syndikat.

Für Juli hat das Kohlen-Syndikat die Kohlenförderung von 87 1/2 auf 85 Prozent, die Kohlspreizproduktion von 45 auf 40 Prozent, die Brikett- produktion von 87 1/2 auf 85 Prozent der Beteiligung herabgesetzt. Der rechnungsmäßige Absatz betrug im Mai 1914 bei 25 Arbeitstagen 6 643 026 T. (im Vorjahre bei 24 1/2 Arbeitstagen 6 754 536 T.) oder arbeitstäglich 265 721 T. (278 538). Von der Beteiligung, welche sich bezifferte auf 7 339 757 T. (6 888 202), sind demnach abgesetzt worden 90,51 Prozent (105,73). Der Gesamtabatz einschl. Landbesitz, Deputat und Lieferungen der Güntzengehen an die eigenen Güntzenwerte be- trug: an Kohlen 5 787 488 T. (hierfür für Rechnung des Syndikats 5 161 922 T.), an Koks 1 461 710 T. (687 899), an Briketts 378 666 T. (266 477), an Stolz (31 Arbeitstage) 47 162 T. (22 190), an Briketts (356 865), oder arbeitstäglich an Kohlen (25 Arbeitstage) 231 498 T.

(25 Arbeitstage) 15 062 To. (14 275). Die Förderung stellte sich im Mai auf 8 408 548 To. oder arbeitsmäßig auf 336 142 To., gegen April 1914 mehr 6462 To. gleich 1,96 Proz., gegen Mai 1913 weniger 4387 To. gleich 1,27 Proz.; von Januar—Mai auf 40 455 229 To. oder arbeitsmäßig auf 825 023 To., gegen die Zeit von Januar—Mai 1913 weniger 18 811 To. gleich 5,32 Prozent.

In den Monaten Januar bis Mai d. J. betrug der rechnungsmäßige Kohlenabfuhr 31 015 517 To. (i. B. 35 198 989) oder 11,87 Proz. weniger, der Gesamtabfuhr in Kohlen 26 310 952 To. (27 098 976 To.) gleich 2,87 Proz. weniger, in Koks 7 488 838 To. (9 422 511) gleich 21,06 Proz. weniger, in Bräunstein 1 761 342 To. (1 924 055) gleich 8,46 Prozent weniger; der Absatz für Rechnung des Endabfuhr in Kohlen 22 065 511 To. (23 824 554) gleich 8,61 To. weniger, in Koks 3 882 049 To. (6 207 931) gleich 38,88 Proz. weniger, in Bräunstein 1 046 745 To. (1 828 701) gleich 9,95 Proz. weniger; die Förderung 40 455 229 To. (42 489 916) gleich 4,74 Proz. weniger.

Beteiligungstabelle im Kalihyndikat.

Trotz aller Bindungsaktionen in der Kalihyndikate steigt die Zahl der Kaliverke weiter. Vom 1. Juni 1914 waren 180 Kaliverke dem Kalihyndikat angeschlossen; ihre Beteiligungsziffer betrug in Tausendteilen:

Table with 3 columns: Rank, Name of the mine/works, and Participation percentage. Includes entries like 'Pr. Fiskus (Wienend. II)', 'Gildauf', 'Salzbergwerk II', etc., ending with a total of 1000,000.

Mit 4 Werken wurde das Kalihyndikat 1879 gegründet, mit 10 Werken 1888 auf eine präzisere Grundlage gestellt, mit 12 Werken 1898 erneuert; 1904 betrug die Zahl der Werke schon 28, 1909: 53, 1910: 65, die für das Kalihyndikat in Betracht kamen. Am den Kaliberbau vor dem Zusammenbruch infolge dieser wahllosen Grundüberbau zu schließen, wurde am 25. Mai 1910 das Kaligeseß in Kraft gesetzt. Die Zahl der Werke stieg weiter im März 1912 auf 180, im Juni 1914 auf 180, die dem Syndikat angehören. Es liegt klar auf der Hand, daß die Absatzmöglichkeit nicht in gleichem Maße steigen kann und so muß den schon vorhandenen Werken immer wieder die Beteiligungsziffer beschnitten werden, um den neuankommenden Werken Absatz zu verschaffen. Auf diese Weise werden ungeheure Produktionsmöglichkeiten brachgelegt, die Selbstkosten der einzelnen Werke steigern sich infolgedessen immer mehr und mit Riesenschritten geht es dem Ruin entgegen, wenn die Gesetzgebung nicht eingreift.

Rohleisenerzeugung Deutschlands.

In einem Zeitraum von fünf Jahren hat Deutschland seine Rohleisenerzeugung um über sechs Millionen Tonnen gesteigert. Sie betrug im Jahre 1909: 12 917 635 To., 1910: 14 793 325 To., 1911: 15 579 229 To., 1912: 17 868 909 To., 1913: 19 909 172 To. Noch immer neue Hüttenwerke erheben sich im Ruhrgebiet, in der Westfälischen Industrie in Lothringen und Luxemburg, und wer weiß, ob nicht eines Tages Amerikas Rohleisenerzeugungsziffer überholt wird, so wie das bei England schon längst geschehen ist. Deutschland steht heute an zweiter Stelle.

Aus den Unternehmerverbänden.

Schleifsteindreher mit dem Ringelbeutel.

Die berufsmäßigen Schmarfmacher sind fleißig und andauernd bei der Arbeit, um die Arbeiterverbände und die ganze organisierte Arbeiterschaft zur höheren Ehre des Ausbeuteriums mit Schmutz zu bewerfen; aber trotz ihres Fleißes und ihrer Ausdauer kommen sie doch auf keinen Gewinn. Das Unternehmertum läßt sich die Dienste dieser Schleifsteindreher zwar gern gefallen; sobald es jedoch an den Geldbeutel geht, suchen die Lohnhüter der berufsmäßigen Schleifsteindreherei und Schmarfmacherei so billig als möglich wegzukommen. Nun können aber jene fleißigen Arbeiter im Dienste der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse ebenso wenig von der Luft leben wie andere Menschen. Im Gegenteil: sie wollen meist recht gut leben! Zu diesem Zwecke schwingen sie fleißig den Ringelbeutel!

Natürlich ganz im geheimen. Trotzdem ist hin und wieder ein Einblick in die Tätigkeit, die für jene Leuten im ewigen Einerlei des Schleifsteindrehens immerhin eine angenehme Abwechslung bedeutet, möglich. So wurde uns von befreundeter Seite ein Vortragsbrief zugestellt, den die „Deutsche Arbeitgeber-Ztg.“, Zentralorgan der deutschen Arbeitgeberverbände, offizielle Publikationsorgan von einigen 60 zentralen und lokalen Unternehmerorganisationen, die auf dem Vorkopf namentlich angeführt sind, verfaßte. Das interessante Dokument sieht so aus:

„Berlin S. 42, den 22. 6. 1914.
Oranienstraße 140—142.
Herrn
Chef-Bureau!

Gestützt auf die anliegenden Ausführungen der „W. d. V. A.“ richten wir an Sie die ergebene Bitte, in Ihrem Etat auch einen Posten für die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ vorzusehen. Sie kämpft seit mehr als 12 Jahren durchaus uneigennützig ausschließlich für die Interessen der deutschen Unternehmer. Die innerhalb dieses Zeitabschnittes erfolgte Organisation der Arbeitgeber ist in der Hauptsache der Vorarbeit der „W. d. V. A.“ zuzuschreiben, die in Millionenauflagen an alle Arbeitgeberkreise Deutschlands verbreitet wurde. Bis her hat der Verlag die großen Propaganda-Aufkosten getragen, unterstützt durch eine Anzahl deutscher Industriefirmen, welche in Anerkennung der Bedeutung der „W. d. V. A.“ dieser schon seit längerer Zeit Inseratenaufträge regelmäßig zuweisen.

Wir glauben nun annehmen zu dürfen, daß auch Sie das Bedürfnis der weiteren möglichst lückenlosen Organisation der deutschen Arbeitgeber anerkennen. Deshalb wiederholen wir unser ergb. Ersuchen, Ihre Sympathie dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß Sie der „W. d. V. A.“ Ihre Inseratenaufträge zuweisen. Die große Verbreitung des Blattes in allen jenen Kreisen, die Sie zu Ihren Interessenten zählen, gibt Ihnen volle Gewähr für eine angemessene Gegenleistung.

Unser heutiges Schreiben adressieren wir an das „Chef-Bureau“ und bitten um direkte Behandlung der Angelegenheit.

Hochachtungsvoll
„Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“.

P. S. Es dürfte Ihnen noch nicht bekannt sein, daß auch die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeber-Verbände als Gesellschafterin finanziell an der „W. d. V. A.“ beteiligt ist.

Die anliegenden Ausführungen der „W. d. V. A.“ (das ist die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände), auf die sich der vorstehende Vortragsbrief stützt, sind einem Rundschreiben der genannten Vereinigung an ihre Mitglieder vom 5. Februar 1914 entnommen und lauten:

„Wir bitten den Verbandsfirmen dringend ans Herz zu legen, daß sie ihre Annoncen der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ zur Veröffentlichung übergeben. Zu dem direkten Vorteile, den das Inserieren in der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ bei der Mannigfaltigkeit des Bezugsgebietes der Zeitung und ihrer hohen Auflage für die inserierenden Firmen bietet, kommt noch der weitere nicht hoch genug zu veranschlagende Vorteil, daß mit dem aus dem Anzeigenerlös erzielten Gewinn der gemeinsamen Sache der deutschen Arbeitgeber gedient wird. Also auch aus diesen sozialpolitischen Gesichtspunkten heraus empfehlen wir auf das dringendste, die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ bei der Vergütung der Annoncen in erster Linie ins Auge zu fassen.

Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.
Der Brief spricht für sich selbst. Das Blatt proht mit seinen „Verdiensten“ um die deutsche Unternehmervbewegung, mit seiner „seit mehr als zwölf Jahren durchaus uneigennützig ausschließlich für die Interessen der deutschen Unternehmer“ betriebenen Schleifsteindreherei, um damit die „ergebene Bitte“ in den Unternehmer zu begründen, doch nun auch ein Scherflein in den Ringelbeutel zu werfen und in dem „Etat auch einen Posten für die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ vorzusehen.“ Die erbetenen Zuwendungen werden schließlich in der Form von „Inseratenaufträgen“ gewünscht, für deren Zuweisung an das Blatt die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände noch besonders Stimmung zu machen versucht durch den Hinweis „auf den nicht hoch genug zu veranschlagenden Vorteil, daß mit dem aus dem Anzeigenerlös erzielten Gewinn der gemeinsamen Sache der deutschen Arbeitgeber gedient wird“.

Jedenfalls ist es recht begreifend, daß das Schmarfmacherblatt, das sich rühmt, „in Millionenauflagen (?) an alle Arbeitgeberkreise Deutschlands verbreitet“ zu werden, durch derartige de- und wahnwitzige Bittenschriften um eine geneigte Unterstützung ergebenlich bitten muß. Allen Anschein nach sieht also seine schmarfmacherische Wirksamkeit nicht so hoch im Ansehen, um die Unternehmer zu veranlassen, aus freien Stücken dem Sagen: „Eine Hand wäscht die andere!“ gerecht zu werden. Und daher müssen eben die Schleifsteindreher des Schmarfmacherblattes mit dem Ringelbeutel haarkieren gehen, der Öffentlichkeit dadurch ein Bild gewährend, das er verdient, für den Rentopp gefüllt zu werden.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Amtsgerichtsrat Dr. Herz über die Gelben.

Amtsgerichtsrat Dr. Herz in Harburg bespricht in der „Deutschen Industrieamt-Zeitung“ die gewerkschaftlichen und wirtschaftsfriedlichen Organisationen. „Die Gewerkschaft“, so heißt es in dem Aufsatz, „hat die Gesellschaft vor wilden Streiks, vor dem anarchischen Syndikalismus mit seiner Sabotage, ja vor dem revolutionären Ausbruch in Sklaverei unterdrückter Massen bewahrt, die nichts zu verlieren hatten, wie ihre Ketten; sie hat den Befreiungskampf des Proletariats in unblutige Wachen gelenkt.“

„Die Schmarfmacher, namentlich in der Schwerindustrie, die selbst straff organisiert sind, aber die Organisationen der Arbeitnehmer nicht anerkennen wollen und nur mit „ihren Arbeitern“, nicht mit den Organisationen verhandeln wollen, werden über kurz oder lang sich daran gemöhnen müssen, daß sie nicht die alleinigen Herren sind, genau wie sich das Souveränitätsgefühl der Fürsten an die Volksvertretungen hat gemöhnen müssen.“

„Die Unternehmer unterdrücken die gelben Gewerkschaften etwa nicht aus „nationalen“ Gründen, sondern weil sie „wirtschaftsfriedlich“ sind, d. h. in gemeinverständliches Deutsch übersetzt, weil sie einen Stamm von Arbeitswilligen liefern, durch die bei Streiks der Betrieb aufrechterhalten werden kann, ja, weil sie Lohnbewegungen von vornherein ausichtslos machen können. Vorher waren sie auf die Romantikfisch angewiesen, die ihnen die professionellen Streikbrecher-agenturen zu Preisen lieferten, die zum Werte der Ware in argem Mißverhältnis standen; jetzt haben sie gut ausgebildete Fremdenlegionen zur Verfügung, die gegen die eigenen Brüder zu Felde ziehen wollen.“

Dieser Amtsgerichtsrat hat die Schmarohnernatur der Gelbenbewegung klar erkannt und findet den Mut, seine Meinung ungewöhnlich auszusprechen. Ihm gebührt ein Ehrenplatz in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, denn es zeigt von großer sittlicher Kraft, wenn ein Richter in der heutigen Zeit der Koalitionsrechtshebelei des Vorkapitalismus so offen und ehrlich auf die Seite der Selbstregener und Anhänger einer freien Gewerkschaftsbewegung tritt, die sich keine Vormundschaft der Unternehmer bieten läßt. Das Scheitern der Zinten-

zills des Großkapitals wird nun auch bald gegen diesen freigesinnten Richter einsehen. Wie sich dann die Sache weiter entwickelt, wird die Zukunft bald lehren.

Gewerksvereine Hirsch-Dunder im Jahre 1913.

Die deutschen Gewerksvereine Hirsch-Dunderscher Richtung zählten nach einer jetzt veröffentlichten Statistik im Jahre 1913 108 618 Mitglieder gegen 109 226 im Jahre 1912. Das ist ein Mitgliederverlust von 2007. Das Zentralorgan der Gewerksvereine tröstet sich bei dieser Feststellung mit dem Hinweis darauf, daß auch die freien und „christlichen“ Gewerkschaften infolge der wirtschaftlichen Krise Mitglieder verloren haben. Das ist richtig. Von den freien Gewerkschaften läßt sich aber konstatieren, daß sie zwar von der wirtschaftlichen Depression hart mitgenommen worden sind, daß ihre Mitgliederzahl aber seit geraumer Zeit wieder steigt. Ob diese günstige Wendung auch bei den Hirsch-Dunderschen eingetreten ist, können wir zurzeit nicht untersuchen. Das Bemerkenswerte an dem Mitgliederverlust ist hier auch nicht, ob hin und wieder größere oder kleinere Mitgliederverluste erlitten werden, sondern daß den Gewerksvereinen H. D. es überhaupt nicht möglich ist, einen beachtenswerten Mitgliederstand zu erreichen. Sie hatten bereits 33 Jahre durchweg ruhiger Entwicklung hinter sich, da erst überschritten sie das erste Hunderttausend an Mitgliedern. Seitdem ist ein weiteres Hundert Jahre ins Land gegangen, und die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine stehen bezüglich ihrer Mitgliederzahl fast noch auf demselben Fleck wie 1902. Sie haben seit diesem Jahre um keine 4000 Mitglieder zugenommen, während die Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften in dieser Zeit von 723 206 auf rund 2 500 000 stieg! In weiteren zehn Jahren wird es bei den Hirsch-Dunderschen nicht besser aussehen als heute, denn daß sich die Hoffnungen erfüllen, die sie nun schon seit mehr als vier Jahrzehnten auf die Zukunft setzen, ist ausgeschlossen. Die deutschen Arbeiter lehnen die Gewerksvereine als ihre Interessenvertretung ab, und da wäre es wirklich bald an der Zeit, diese jagen die richtigen Konsequenzen und geben die Rottterstellung auf, die sie mit anderen antigerkschaftlichen Gewerkschaftsgruppen in der deutschen Arbeiterbewegung teilen, nicht zum Nutzen der Arbeiterschaft. Die Gewerkschaftstheorie, auf die sich die Gewerksvereine ehemals eingeschrieben haben, paßt nicht mehr in unsere Zeit hinein. Die Lehre vom „Wirtschaftsfrieden“, von der „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“, die zur Gründung der Gewerksvereine führte, ist heute das Programm der Gelben geworden. Die Hirsche haben längst Kampfbereitschaft gegen den ausbeutenden Kapitalismus einnehmen müssen, der eine Harmonie zwischen seinen Interessen und denen der Arbeiter nicht kennt und nicht kennen will. Warum nicht ganze Arbeit gemacht? Da die Gewerksvereine von den Unternehmern nicht viel besser als die freien Verbände behandelt werden, so wäre es in der Tat das Beste, sie lösten sich auf und gingen mit vollem Gepäck zu den letzteren über. Das Verschwinden einer Sonderorganisation, ihre Verschmelzung mit werkschaftlichen und altkräftigen Verbänden würde die wirtschaftliche und moralische Kraft der Arbeiterklasse nur heben. Wir beschränken nur, daß die maßgebenden Stellen in den Gewerksvereinen nicht so vernünftig sind, das einzusehen.

Ein vernichtendes Urteil über den Streikbruch.

Das gerade jetzt, wo die Insolidarität, wenn sie bei Arbeitern vorkommt, als die „höchste Manneslugend“ behercht wird, wert ist, in Erinnerung gebracht zu werden, fällt eine weit verbreitete Zeitung in folgenden Sätzen:

„Diese Kammergestalten, die keine Kollegialität kennen und die Gebote der Solidarität mit Füßen treten, beklagen sich über Mangel an Kollegialität, sie lehnen das Zusammenwirken mit den organisierten Berufsgenossen zu der Erzielung eines Tarifs rundweg ab. Wertwürdige Leute, diese Schmarozkerpflanzen, die die Früchte genießen wollen, ohne daß sie den Baum gepflanzt haben, die sich an den Tisch setzen, den andere bedeckt haben, die die Kassenien verzehren, die ihre organisierten Kollegen aus dem Feuer geholt haben. In dem harten opferreichen Kampfe, den die organisierten Arbeitgeber zu führen haben, haben sie die Parole: „Wer nicht mit uns ist, ist wider uns!“ auf ihre Fahne geschrieben, und nach diesem Grundsatz behandeln sie auch die Inorganisierten. Wer Solidarität fordert, muß Solidarität üben, wer Kollegialität in Anspruch nimmt, der muß selbst sein Tun und Lassen nach den Geboten der Kollegialität einrichten. Aus wirtschaftlichen Gründen ist es Lebensfrage für jede Arbeiterorganisation, möglichst alle Berufsgenossen in sich zu vereinigen, da nur eine starke, lückenlose Organisation die Gewähr des Erfolges bietet; aus moralischen Gründen ist es eine Pflicht für jeden Arbeitgeber, durch seinen Beitritt zur Organisation dafür zu sorgen, daß die Organisation lückenlos dasteht. Hieraus ergibt sich die Stellung der organisierten Arbeitgeber zu ihren unorganisierten Kollegen ganz von selbst. Sollten wir etwa auf die Insolidarität, auf das Schmarozkertum eine Prämie setzen? Das wäre ein ganz unbilliges Verlangen und ein Vohn auf die soziale Moral.“

Unsere Leser werden schon aus dem Wortlaut ersehen haben, daß es sich um einen Auszug aus einer Unternehmervergütung handelt. Es ist die „Wirtschaftliche Arbeiterzeitung“, die am 29. März 1913 die „unorganisierten Kollegen“ derart charakterisierte. Zweifellos mit Recht vom Standpunkt der Gewerksolidarität. Wenn aber ein organisierter Arbeiter ein nur halb so hartes Urteil über die Streikbrecher fällt, schreibt die Unternehmerverschaft über „gewalttätigen Terrorismus“ und der Staatsanwalt greift ein. Wir erinnern nur an die Streikjustiz bei Bergarbeiterausständen. „Wenn wir nicht daselbe tun, so ist es nicht daselbe.“

Teilerte Gewerksvereinstatistiken.

Wie wenig Wert den Angaben der zentralchristlichen Mitgliederstatistik beizulegen ist, beweist wieder einmal der von Herrn Franz Behrens „präsierte“ konservativ-zentrierte Landarbeiterverband. Behrens und seine Sekretäre geben 10 000 Mitglieder an. Daß dieses Gebilde eitel Plunker ist, beweist der Vorbericht des „christlichen“ Landarbeiterverbands selbst. In seinem Geschäftsbericht für 1913 gibt er an, daß sein Verbanden am Schluß des Jahres 1913 ganze 3576 Mitglieder habe. Diese Zahl stimmt jedoch nicht ganz, denn aus der angegebenen Summe der Mitgliederbeiträge, die nach den Erläuterungen zum Kassensbericht für 7 Jahre anzunehmen sind, geht bei günstiger Berechnung hervor, daß das Verbanden nur etwa 2200 Mitglieder zählt. Nun könnte man annehmen, daß der im Vorjahre zu den „Christen“ gestohene Plauerer Stallschweizerverband den festenden Rest bis zu 10 000 aufweisen würde. Damit ist es aber Effig, denn in der Nummer 22 des 2-cipziger Schweizerbundes vom 13. Juni 1914 wird eine gerichtliche Zeugenerhebung eines Buchhalters veröffentlicht, der in der Druckerei Neupert in Plauen in Stellung war. Dort wird die Zeitung des Plauerer Bundes abgedruckt und die Druckerei war früher „die Eigentümerin“ des Plauerer Bundes. Dieser Zeuge sagt nun, daß es ihm in seiner Stellung bei der Druckerei, wo er mit Führung der Absonnenliste beschäftigt war, bekannt geworden sei, daß im letzten Vierteljahr 1913 in dem Plauerer Stallschweizerbund circa 2000 zahlende Mitglieder gezählt wurden. Wo sich nun die 10 000 „christlich“ organisierten Landarbeiter, Herr Behrens? Wächten Sie uns da nicht einmal einen etwas genaueren Ausschluß geben?

Warum christliche Gewerkschaften?

Von dem Präses des Bezirksverbandes Effen der katholischen Arbeitervereine wurde in einem Zirkular die Frage: „Warum muß der Mann in die christliche Gewerkschaft?“ wie folgt beantwortet: „An seinen Kindern den Glauben zu erhalten. Der Mann hält sich vielfach noch katholisch ohne christliche Gewerkschaft, die Kinder vielleicht nicht mehr, die Entleerter wohl sicher nicht mehr. Warum? 1. Wenn die christliche Gewerkschaft nicht groß und stark wird, tut es die sozialdemokratische um so mehr. 2. Wenn die sozialdemokratischen Gewerkschaften allein stark sind, schließen sie Monopolarität ab. 3. Wenn sie Monopolarität abschließen, muß der Mann entweder ohne Arbeit sein und Hunger leiden, oder sich sozialdemokratisch organisieren. 4. Wenn er sich sozialdemokratisch organisiert, wird er zum Parteimitglied gepecht. 5. Wenn er zum Parteimitglied gepecht ist, muß er den sozialdemokratischen materialistischen Unglauben mitmachen. 6. Wenn er den sozialdemokratischen Unglauben mitmacht, ist er zeitlich und ewig verloren.“

Also um seinen Kindern die katholische Religion und damit die Seligkeit zu sichern, muß der Mann in die christliche Gewerkschaft.

Nicht aus wirtschaftlichen Gründen, um dem Arbeiter einen größeren Anteil an dem Produkt seiner Arbeit, an den Kulturerrungenschaften zu erkämpfen, wurden die „christlichen“ Gewerkschaften danach gegründet, sondern aus Gründen der „christlichen“ Nächstenliebe. Die „christliche“ Gewerkschaftsbewegung hat zum Zweck die Beseitigung der Arbeiter; sie soll ein Ersatz für die freie Gewerkschaftsbewegung, überhaupt eine einheitliche Arbeiterorganisation bilden, trotzdem diese so äußerst notwendig wäre, um der Arbeiterchaft die Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen zu ermöglichen.

„Frankfurter Zeitung“ über die schändliche Streikverordnung.

Über die schändliche Streikverordnung, die einem Streikpolizei-Verbot gleichkommt und die wir schon im Nr. 25 der „Bergarbeiter-Ztg.“ eingehend würdigten, urteilt die „Frankfurter Zeitung“:

„Die Ausarbeitung eines derartigen Entwurfs an amtlicher Stelle beweist zunächst, daß man dort auch sozialpolitisch noch sehr tief in der geistigen Theorie steckt. Es ist bekanntlich bestritten, daß die Verordnung auch nur formal-juristisch einwandfrei sei. Aber wenn sie gleich in dieser Beziehung unbescholten wäre; darum handelt es sich in der Hauptsache nicht. Sozialpolitik treibt man nach der allgemeinen Auffassung nicht, um zu verbittern, sondern um zu verbessern, wenn man schon mit ihr noch andere als lediglich Fürsorgezwecke verfolgt. Die Verordnung bestreift jedoch nicht die beschaffensten Einflüsse an sozialpolitische Einsicht. Sie muß auf die breite Masse der Arbeiter verhängend wirken, sie wird auch von den bürgerlichen Politikern, soweit diese nicht schamlos veranlagt sind, rundweg abgelehnt, und sie ist vor allem zwecklos. Politik ist eine Kunst, die nicht um ihrer selbst willen, sondern wegen des Erfolges geübt wird. Ein Gesetz, das seine Wirkung verfehlt, ist stets ein Verurteiltes für den Gesetzgeber. Auch der Ehrgeiz der schändlichen Regierung sollte nicht darin bestehen, auf einem sehr ernsten Gebiet sozialpolitischer Tageskämpfe ein schweres Geschick aufzuführen, das nur ihren Freunden geschicklich wird. Um Dresden der Mühsal der Scheitern man aus der Erfahrung nichts gelernt zu haben, obgleich diese besonders in Sachen sehr reichlich quillt.

Wird die Verordnung wirklich durchgeführt, so haben wir in Sachen ein Volksgesetz mehr, das den Unternehmern keinen Nutzen bringt, Gerichten und anderen Behörden viel Arbeit macht und die Gegenstände verschärft.

In einer Ausführungsverordnung zum Reichsvereinsgesetz hat der verlorene Minister Graf Soltmann die Erwartung ausgesprochen, daß es als liberales Gesetz von den Behörden auch liberal angewandt werde; sein Nachfolger Graf Bismarck erklärte einst im Landtag, daß auch er an dieser Erwartung festhalte, und wiederholt wurde von ihm versichert, daß er ein Gegner der Nabelschneiderei sei. Aber wer will behaupten, daß diese kurzfristige Politik jetzt endlich im Lande von den Behörden als falsch erkannt sei? — Seit Jahrzehnten ist es die Quelle unendlicher Erbitterung gewesen, ohne dem Staat auch nur den Schatten eines Gewinns gebracht zu haben. Wir besitzen nicht nur eine kluge, sondern hatten einst auch die gütigste Arbeiterbeobachtung des Reiches. Es haben schwere Sünden in der Art ihrer Behandlung dazu geführt, diese Beobachtung dahin zu bringen, daß sie dem heutigen Staat verbittert gegenübersteht. Diese bedauerliche Tatsache lebte durch „Vergebung“ zu erklären, ist eine so oberflächliche Anschauung, daß eine leitende Behörde sie sich nicht aneignen sollte. Die Anfrastellung der vorliegenden Streikverordnung wird ein weiterer Schritt auf verhängnisvollen Wegen sein. Was verdrückt man sich eigentlich von ihr? Bringt der Gewerkschaft die Streikpolizei von der Straße, so werden sie eine Taktik befolgen, die weniger offen zutage liegt und vielleicht auch weniger einwandfrei ist, als das sich unter den Wänden aller vollziehenden Behörden auf der Straße. An Arbeiter, die dem Unternehmer wirklich wertvoll sind, werden die Streikenden immer herankommen können. Nach aller Erfahrung wird die Verordnung hier völlig verfangen. Sicher aber wird sie den Sozialdemokraten für die bevorstehenden Landtagswahlen ein willkommenes Agitationsmittel liefern.“

Aus der Genossenschaftsbewegung. Behördlicher Kampf gegen die „Volksfürsorge“.

In Baden führen die Verwaltungsbehörden den ihnen wahrcheinlich zur Pflicht gemachten Kleintier gegen die „Volksfürsorge“ gang preußisch. Das nachstehende vertrauliche Zirkular, das der „Freiburger Volkszeitung“ auf den Redaktionstisch lag, bestätigt dies. Es lautet:

„Groß. Bezirksamt Willingen. Willingen, den 17. April 1914. Nr. 13 332

An die Bürgermeister des Bezirks. Wir sehen einem alsbaldigen Bericht darüber entgegen, ob dort-orts Wahrnehmungen gemacht wurden, oder sonst Anhaltspunkte dafür gegeben sind, daß die „Volksfürsorge“, Gewerksch.-Genossensch.-Verf. v. G. (Sitz Hamburg) im Bezirk Verbreitung findet, daß ihr insbesondere auch Staats- oder Gemeindebeamte als Vertriebe angehöhen.

Das Rundschreiben datiert vom April; inzwischen hat längst die gefährdete „Volksfürsorge“ ihren segensreichen Einzug in den badischen Schwarzwald gehalten.

Aus dem Geschäftsberichte der „Victoria“

Sind einige Zahlen auch für die Leser der „Gewerkschaftszeitung“ von großem Interesse. Bei der Volksversicherungsteilung wurden 1913 431 815 Versicherungen abgeschlossen mit einer Versicherungssumme von 118 594 674 Mk. Davon sind erledigt durch Verfall 80 041 mit einer Versicherungssumme von 27 320 823 Mk. Es haben somit 59 041 Versicherter ihre eingehaltenen Prämien eingezahlt. Weiter war das Gesamtgeschäft für die Aktionäre. Diefelben erhalten als 4 Proz. Verbindende 240 000 Mk., als Nachbindende 780 000 Mk., also zusammen 1 020 000 Mk. Dem Aufsichtsrat wird eine Tantieme von 197 011 Mk. und dem Vorstand eine solche von 66 470 Mk. ausbezahlt.

Internationale Rundschau. Lohnreduktionen in Belgien.

Die belgischen Kohlengrubenbesitzer haben beschlossen, eine Lohnreduktion in Höhe von 10 Prozent einzutreten zu lassen! Sie begründen dies mit der Erklärung, infolge der starken Einfuhr deutscher (rheinisch-westfälischer) Kohlen zu niedrigen Preisen müßten auch die belgischen Kohlenpreise ermäßigt werden. Die belgische Lohnreduktion beruht auch die Interessen der deutschen Bergleute viel mehr als die meisten glauben. In Deutschland wird die Kohlenproduktion an Kohlen und Holz immer noch erhöht. Die Kohlenproduktion suchen die Unternehmer aber nicht etwa durch eine entsprechende Ermäßigung der Inlandspreise los zu werden, sondern das Ausland wird nun im steigenden Maße mit deutschen Kohlen und Holz billig versorgt. Das wirkt unmittelbar verschlechternd auf die Arbeitsverhältnisse unserer ausländischen Kameraden ein, die jetzt Lohnreduktion in Belgien leidet. Wer aber glaubt, die deutschen Bergbesitzer würden jene Lohnabzüge unbeachtet lassen, der täuscht sich. Zweifellos wirkt die billige Kohlenausfuhr, in deren Folge die Verschlechterung der Verhältnisse unserer ausländischen Kameraden eintritt, mittelbar auf das Lohnniveau der Bergleute Deutschlands niederdrückend ein. Wie notwendig mithin das internationale Zusammenwirken der Bergleute zur Abwehr der durch die anarcho-syndikalistische „Wirtschaftsordnung“ entstehenden Lohnverfallströmungen ist, bedarf für den einsichtigen Arbeiter keines Beweises mehr.

Wie eine uns soeben zugehende Meldung berichtet, ist inzwischen in der Vorlage, dem größten Kohlenbecken Belgiens, und auch im angrenzenden Nordfrankreich der Streik ausgebrochen. Offenbar richtet er sich gegen die oben gemeldeten Lohnkürzungen — ein Memento auch für die deutschen Grubenbesitzer!

Die österreichischen Gewerkschaften

haben es trotz der Wirtschaftskrise verstanden, ihren Mitgliederstand im großen und ganzen zu erhalten. Seitens der österreichischen Zentrale der Gewerkschaften wird berichtet:

Der Mitgliederstand unserer Verbände betrug 1911: 421 805, 1912: 428 888, 1913: 428 070, Das ist in einem Jahre der allerschwersten Wirtschaftskrise, der allerschwersten Arbeitslosigkeit, nur 4888 Mitglieder, das ist nur 1 Prozent unseres Mitgliederstandes, verloren haben, ist der schönste Beweis gewerkschaftlicher Treue der Mitgliedschaft, der inneren Festigkeit der Organisation.

Deutlicher als aus unseren Mitgliederlisten sind aus unseren Kassen die Wirkungen der Krise zu erkennen. Zwar sind unsere Einnahmen in beträchtlich gestiegen. Sie betragen (ohne die Einnahmen der Streikfonds) 1911: 9 101 846 Kronen, 1912: 9 089 832 Kr., 1913: 10 188 521 Kr. Aber noch schneller steigen die Ausgaben. Sie betragen (ohne die Ausgaben der Streikfonds) 1911: 8 542 182 Kr., 1912: 9 171 852 Kr., 1913: 10 058 208 Kr. Im ganzen haben unsere Gewerkschaften im Jahre 1913 um 888 048 Kr. mehr ausgegeben als im Jahre 1912. Wie ist diese Ausgabensteigerung zu erklären? Es betragen die Ausgaben für (in Kronen):

Arbeitslosenunterstützung	2 204 801	1 408 068
Waisenunterstützung	238 280	222 072
Krankunterstützung	1 001 025	987 189
Invalidenunterstützung	889 693	829 975
Beihilfe in Sterbefällen	259 472	256 952
Kostalunenunterstützung	548 652	528 893
Zusammen	4 618 929	3 724 001

Der Aufwand für Unterstütlungen ist um 892 928 Kr. gestiegen. Wir sehen also folgendes Bild: Steigerung der Unterstütlungsausgaben allein 892 928 Kr., Steigerung der Gesamtausgaben 888 048 Kr. Die ganze Steigerung der Ausgaben ist auf den durch die Krise erhöhten Unterstütlungsaufwand zurückzuführen. In allen anderen Ausgaben konnte sogar etwas eingespart werden.

Abgesehen von dem Verbandsvermögen werden die Streik- und Widerstandsfonds der freien Organisationen verarmt. Ihre Ausgaben betragen im Jahre 1913: 2 500 000 Kr. gegen nur 1 022 000 Kr. im vorigen Jahre. Die Steigerung ist auf die großen Kämpfe des letzten Jahres zurückzuführen, vor allem auf den Kampf der Maier und Anreicherer und den der Buchbruder, dessen erste Kampfwochen ja noch in das Jahr 1913 fielen. Dem starken Einmahlen von 2 280 000 Kr. gegenüber, so daß auch hier die Einnahmen hinter den Ausgaben zurückblieben. Das ist inmerhin bedenklich; die Widerstandsfonds bedürfen offenbar der Stärkung dringender als die Vereinsfonds. Allerdings sind dabei die Einnahmen des „Solidaritätsfonds der Gewerkschaftskommission“ nicht eingerechnet, über den bekanntlich nicht öffentlich Rechnung geleitet werden darf.

Das Gesamtvermögen der Gewerkschaften (ohne den Solidaritätsfonds) ist infolge der Mehrausgaben der Verbandsfonds und der Widerstandsfonds von 15 084 798 Kr. auf 14 735 137 Kr. gesunken.

Der Gompers-Prozess beendet.

Der Aufsehen erregende Prozess gegen Gompers und zwei weitere Leiter des amerikanischen Gewerkschaftsbundes ist jetzt endlich nach siebenjähriger Dauer beendet worden. Der Prozess war 1907 auf Verreiben der Unternehmerorganisation „wegen Nichtachtung des Gerichtes“ eingeleitet worden, und zwar hatte der Gewerkschaftsbund trotz eines gerichtlichen Verbotes eine Wahlhilfe verweigert. Gompers und seine Kollegen wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt, das Urteil 1911 aus technischen Gründen umgestoßen. Sofort wurde ein neues Verfahren eingeleitet, in dem es erneut zu einer Verurteilung der drei Arbeiterführer kam. Weil nun dieses neue Verfahren nicht innerhalb drei Jahren nach der in Frage kommenden strafbaren Handlung begann, hat jetzt das Oberbundesgericht das ganze Verfahren „wegen Verjährung“ niedergeschlagen. Einer Entscheidung in der Sache selbst ist das Gericht so in geschickter Weise ausgewichen.

Arbeitsverhältnisse in Japan.

Dem soeben erschienenen statistischen Jahrbuch Japans entnehmen wir eine Reihe interessanter Angaben. Die Bevölkerung des Landes nahm 1899—1910 um 44 270 485 auf 50 884 844 zu. Davon wohnen 38 843 005 in Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern. Die Betriebe mit elektrischer Kraft vermehren sich von 456 mit 44 282 Kilowatt Leistungsfähigkeit im Jahre 1908 auf 1158 mit 844 028 Kilowatt Leistungsfähigkeit im Jahre 1911. Die Zahl der verwendeten elektrischen Motoren stieg in der gleichen Zeit von 588 auf 11 248 mit 44 065 Pferdekraften. Im Jahre 1911 war elektrisches Licht in 1 051 500 Wohnungen angelegt. Die Zahl der Gaswerke stieg von 1901—1921 von 2 auf 61, das darin angelegte Kapital von 2,8 auf 51,2 Millionen Yen. (1 Yen = 100 Sen = 2,00 Mk.)

Ueber die Arbeiterlöhne werden nur dürftige Angaben gemacht. Danach betrug der durchschnittliche Tageslohn in den Jahren 1900—1911 für Zimmerer 54, 50, 58, 59, 59, 60, 65, 75, 81, 80, 80, 83 Sen, Steinhauer 61—64 Sen, Ziegeleiarbeiter 45—73 Sen, Tapetenkleber 50—75 Sen, Küfer 43—65 Sen, Holzschuhmacher 40—58 Sen, Schuhmacher 47—65 Sen, Sattler 47—70 Sen, Fuhrleute 47—60 Sen, Schneider (für japanische Tracht) 80—88 Sen, Schneider (für europäische Tracht) 58—85 Sen, Schmiede 48—70 Sen, Papierarbeiter 32—41 Sen, Tabak-schneider 43—50 Sen, Schriftsetzer 35—54 Sen, Buchdrucker 34—50 Sen, Schiffszimmerer 56—86 Sen, Gärtner 52—83 Sen, Landarbeiter 30—42 Sen für männliche und 19—25 Sen für weibliche Arbeiter. Für männliche Dienstboten stieg der Monatslohn im gleichen Zeitraum von 2,72 auf 4,65 Yen, für Dienstmädchen von 1,56 auf 3,12 Yen. Dienstheute erhielten 32,13—49,81 Yen und Wägbe 17,06—25,94 Yen im Jahre! In 81 staatlichen industriellen Betrieben waren 1912/13 93 546 Personen beschäftigt gegen 13 961 im Jahre 1905/06. Diefelben erhielten im Durchschnitt 75 Sen pro Tag für männliche Arbeiter und 31 Sen für Arbeiterinnen. Auf die erlernten entfielen im Durchschnitt 815 (!) Arbeitstage à 10,4 Stunden, auf die lepleren 272 Arbeitstage à 9,7 Stunden pro Tag.

In 14 228 privatindustriellen Betrieben waren 1911 insgesamt 793 885 Arbeiter und 162 771 Hilfsarbeiter beschäftigt. Unter letzteren befinden sich 40 412, also ein Viertel, Frauen, unter ersteren dagegen 478 497, also weit über die Hälfte aller als qualifiziert geltenden Arbeiter sind Frauen! Der Durchschnittslohn stieg von 1900—1911 für männliche Arbeiter über 14 Jahre von 39 auf 52 Sen, für Arbeiterinnen über 14 Jahre von 19 auf 25 Sen, für solche unter 14 Jahren von 14 auf 10 bezw. von 10 auf 14 Sen. Von 100 Beschäftigten sind 60 Frauen und Mädchen. Durchschnittlich entfallen auf jeden Beschäftigten 299 Arbeitstage à 11 Stunden im Jahre.

Knappschäftliches.

Witwenpension im Bochumer Knappschäftsverein.

Der Allgemeine Knappschäftsverein zu Bochum gewährt den Witwen seiner verstorbenen Mitglieder, falls der Ehemann die Wartzeit erfüllt hat, bekanntlich eine Witwenpension. Doch nach § 32 des Statuts ermächtigt sich die Pension um die Hälfte, wenn bei dem Tode des Ehemannes die Ehe zwar noch nicht rechtskräftig geschieden, wohl aber Scheidungsverfahren eingeleitet war oder die Frau von ihrem Ehemann getrennt verfahren eingeleitet war oder die Frau von ihrem Ehemann getrennt lebte. Die Verwaltung hält sich nun sehr genau an den Buchstaben des Statuts, doch hat das Oberbundesgericht in Knappschäftssachenheiten zu Berlin diesen Paragraphen eine Auslegung gegeben, die sehr wohl von besonderer Bedeutung ist.

Der Bergmann M. hatte im Jahre 1909 mit seiner Frau die Ehe geschlossen und nach zwei Jahren hatten sich die Eheleute wieder getrennt. Ein Scheidungsverfahren war in der nachfolgenden Zeit nicht eingeleitet worden. Im Januar d. J. erkrankte M. und einige Wochen später trat der Tod ein. Auf Anraten des Ortsgeistlichen war die Frau an das Krankenbett ihres Mannes gekommen, sie söhnten sich wieder aus, nahmen auch gemeinsam das Abendmahl ein. Daraufhin beanspruchte die Witwe auch die volle Witwenpension. Diefes wurde ihr verweigert. Selbst das Knappschäftsoberbundesgericht konnte ein „Zusammenleben“ im Sinne des Statuts im vorliegenden Falle nicht erblicken. Denn einmal sei die Verjährung kurz vor dem Tode erfolgt, dann sei sie auf Anraten des Geistlichen offenbar lediglich in der Absicht erfolgt, dem sterbenden Ehemann den wofstied zu erleichtern. Diefes hat die Gründe geprüft, die dazu Anlaß gegeben haben, daß die Eheleute nach so kurzer Zeit des Zusammenlebens wieder in das Haus ihrer Eltern zurückgekehrt sind. Dabei ist das Gericht dann zu der Annahme gelangt, daß die Verhältnisse nicht derart gewesen sind, daß eine Ausöhnung nicht oder nur in der Todesstunde des einen oder anderen Teiles zu denken gewesen wäre. Im Gegenteil kann

unter den gegebenen Umständen mit weit größerer Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß es nur eines geringen Anstoßes bedurfte hätte, um die beiden Ehegatten wieder zu einem dauernden Zusammenleben zu bringen. Jedenfalls hat das Revisionsgericht aus den allentündigen Tatsachen die Ueberzeugung gewonnen, daß die Eheleute die Absicht gehabt haben, das Eheleben dauernd wieder aufzunehmen und daß weder der Ehemann, als er sein Verlangen nach Rückkehr seiner Ehefrau, noch diese, als sie dem Verlangen entsprach, davon ausgegangen sind, daß es sich nur um eine Veröhnung vor dem Tode des Ehemannes handeln sollte.

So bekommt also die Witwe die volle Witwenpension. Der Mehrbetrag, der zu zahlen ist, beträgt pro Jahr 65,40 Mk. Nachdem seitens der Witwe mit Hilfe des Arbeiterssekretariats Revision eingeleitet war, hatte der Knappschäftsverein die Angelegenheit dem Geschäftsausschuß in Bochum vorgelegt, ob dieser nicht aus Wohlwollen die Pension bewilligen wolle. Doch konnte auch dieser nicht einsehen, daß die Veröhnung stattgefunden habe.

Mißstände auf den Gruben. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Beide Knappschäft. Auf dieser Beche bestehen Mißstände, welche sehr dringend der Beseitigung bedürfen. In der Lampenstube ist beim Schichtwechsel das tollste Durcheinander; es werden nicht genügend Leuchte aufgestellt, welche die Ausgabe der Lampen zu besorgen haben, sondern jeder Bergmann holt sich seine Lampe selbst. Zu welchen Unordnungen dieses System führt, zeigt sich an folgendem: Die Lampen hängen manchmal nicht auf ihren richtigen Nummern, oder dieselben brennen nicht gut, und flugs wird die nächstbeste Lampe geholt. Diefes Aneinanderknüpfen, unter welchen sich auch Nummernlampen befinden, sind schnell vergriffen, daß eine Viertelstunde vor der Anfahrt keine mehr zu haben ist, da auch nicht genügend Reserve-lampen vorhanden sind. Sobald nun diese alle sind, werden im wahrsten Sinne des Wortes die Ständerreihen in der Lampenstube gestürzt und jede noch halbwegs funktionierende Lampe weggenommen. Da bei diesem Unfug viele Bergleute ihre richtige Lampe nicht erhalten, auch die Reserveklampen nicht für den Bergmann angeschrieben werden können, welche er genommen hat, entstehen für manche Leute Strafen für Lampenreparatur, welche durch nichts gerechtfertigt werden können. So passierte es einem Kameraden, der durch Zeugen feststellen lassen konnte, daß er seine Lampe im Monat Mai überhaupt nicht bekommen hatte, für diesen Monat 10,50 Lampenreparatur zahlen mußte. Würde die Beche nur gegen Vorsehung der Markennummer die Lampen durch eigens hierfür bestimmte Personen ausgeben lassen, würden solche Unordnungen nicht vorkommen. Dann kommt es vor, daß die Lampen nicht die ganze Schicht brennen; ist man nun im Begriff, Fahrten zu erklimmen, oder nach Beendigung der Schicht herunterzuklettern und die Lampe erlischt hierbei, ist man in Gefahr, abzufallen. Vor kurzer Zeit hatten vor einem Ort, an welchem sechs Mann beschäftigt sind, nur noch zwei Mann brennende Lampen; was dieses für eine Kameradschaft bedeutet, braucht man nicht weiter zu erörtern. Durch Nichtanstellung genügender Leute in der Lampenstube entsteht dann noch ein weiterer Mißstand, und zwar, daß die Belegung nach Beendigung der Schicht manchmal 10 Minuten und noch länger bei Abgabe der Lampe und Entgegennahme der Markennummer warten muß; es stehen manchmal 100 Leute in einer Reihe. Diefes ruft jedesmal eine große Erregung hervor, denn wenn man müde und abgeradert aus der Grube kommt, kann man verlangen, daß die Schicht durch berattige Leute nicht noch verlängert wird. Weiter kann den Klagen der Bergleute Rechnung getragen werden in bezug auf das Trachten ihrer nassen Grubenkleider in der Waschlau. Hier sind die Klöße der Dampfheizung anlaß unter, über den Kleibern angebracht, die Hitze steigt nach oben, und so sind die Leute gezwungen, wenn ihre Kleider trocken werden sollen, dieselben jeden Tag mit nach Hause zu schleppen. Dann kann mit der Kohlenförderung gearbeitet werden, bis die Selbstfahrt beendet ist; es wird wohl nicht erlaubt sein, daß, wenn noch Leute bei der Einfahrt auf den unteren Etagen des Korbes sind, die oberen Etagen schon mit Kohlenwagen besetzt werden.

Beche Viktor I u. II. Unser Kamerad Manxeler richtete am 24. Juni 1914 an das königliche Oberbergamtsbezirk Dortmund folgende Beschwerde: „Auf der Schachtanlage Viktor I u. II in Mangel verunglückte am 9. d. M. ein Arbeiter dadurch, weil drei Wagen bei der Personenerhöhung im Querschlag aneinander und ein Wagen umschlug. Er mußte dem Krankenhaus überwiesen werden. Ebenso waren am 8. d. M. einige mit Personen besetzte Wagen entgleist. Diefes wird auf das schnelle Fahrten zurückzuführen sein. Am 24. d. M. wurde während der Selbstfahrt der Morgenschicht dem Arbeiter Orschulal ein Bein abgefahren. Der Unfall trug sich wie folgt zu: Orschulal hatte Nachtschicht und wollte nach Beendigung derselben mit dem Personenzug zum Schacht fahren. Während des Aus- bzw. Einsteigens der Personen kam ein Kohlenzug und fuhr zwischen die Arbeiter. Orschulal konnte nicht so schnell weichen und verlor dadurch ein Bein, weil er nun von der Maschine überfahren wurde. Der Fahrwaker Lukas befand sich auf einem beladenen Kohlenwagen kurz hinter der Maschine. Ob er dem Maschinisten des Kohlenzuges den Befehl zur Abfahrt gegeben hat, wird das Oberbergamt feststellen müssen. Weiter bitte ich das königliche Oberbergamt folgen, geradezu ungeheuerlichen Mißstand auf bezüglich der Schachtanlage zu beseitigen: Während der Personenerhöhung im Querschlag werden die ersten drei bis vier Wagen jeden Personenzuges freizugehalten für die Schichtmeister. Letztere springen während der Fahrt mit den Geschloßklaffen in diese Wagen ein und aus. Der Fahrmeister eines Schichtmeisters genügt, um diesen mit dem Sprengstoff unter den vollen Fahrt sich befindenden Zug und den Sprengstoff zur Explosion zu bringen. Selbstredend würde auch der Sprengstoff explodieren, den die schon im Wagen sich befindenden Schichtmeister im Besitz hätten, und unter Umständen könnte das Hauptlager des Sprengstoffes mit in die Luft fliegen. Da in jedem Personenzug 120 bis 160 Personen fahren und oft zwei Züge nebeneinander herfahren, könnten 260 bis 300 Personen mit einem Schlag vernichtet werden. An den Abteilungsleitenden müssen auch die Arbeiter aus den in voller Fahrt sich befindenden Wagen ein resp. aussteigen. Wie leicht auch hierdurch schwere Unfälle herbeigeführt werden können, brauche ich nicht darzulegen. Wie mir bekannt, sollen die Maschinisten an den Abteilungsleitenden halten, im allgemeinen wird diese Bestimmung aber nicht eingehalten. Ob die Maschinisten einen dahingehenden Befehl erhalten haben oder ob es der jugendliche Leichtsinn derselben ist, wird das Oberbergamt feststellen können.“ — Die Bergbehörde hat daraufhin am 27. Juni eingegriffen und die gerügten Mißstände wurden beseitigt.

Hannover, Braunschweig, Helsen-Tippe.

Kalwer Kammberg. Hier ereignete sich Ende Juni ein schwerer Unfall. Ein Tozer und drei Schwerverletzte sind die Folge. Ein Schuß war nicht losgegangen und als die Arbeiter nach ca. 20 Minuten den Ort betrat und anfangen zu arbeiten, ging der Schuß plötzlich los. Nach Berichten soll die sofortige Untersuchung durch die Bergbehörde die Ursache nicht haben feststellen können. Auch die Arbeiter können über die Ursache nur Mutmaßungen anstellen, betont wird aber, daß diesmal die vorgeschriebene Zeit vor Betreten des Ortes innegehalten worden sei. Auch wir können somit in diesem Falle eine Schuld nach irgend einer bestimmten Richtung nicht nachweisen. Betonen möchten wir aber doch, daß solche Unfälle in den letzten Jahren in der Kaliberindustrie immer häufiger werden. Alle Augenblicke wird uns gemeldet, daß bald auf diesem, bald auf jenem Schacht sich ein oder mehrere Arbeiter auf dieselbe Art über den Haufen geschossen haben. Diefes häufige Vorkommen der Bergbehörde doch Veranlassung sein, den Ursachen energischer nachzugehen. Uns scheint der ständige Arbeiterwechsel auf den Kaliberwerken, die fortgesetzten Maßregelungen vieler tüchtiger Arbeiter und die Beschäftigung so vieler betriebsfremder Arbeiter und damit das Einstellen oft ungeeigneter Leute als Dauer eine Ursache für solche Unfälle und eine ständige Quelle von Gefahren für die Kaliberarbeiter zu sein.

Kalwer Eisenhüttenwerk. Hier herrschen nach Berichten vieler Arbeiter keine guten Zustände. Es ist hier wie überall, wo keine Organisation vorhanden ist, schalten und walten die Verwaltungen mit Arbeitern wie sie wollen. Vor allem wird geflagt über immer mehr zunehmende Bedrückung, Antreiber und Gehirngeschädigung. So soll es damit schon sein, daß sich selbst die Herren Beamten nicht einzig sind, ob aus den Arbeitern noch mehr herausgeholt werden könne. Dem Direktor sollen die Leistungen nie hoch genug sein, er verlangt von dem Oberbetriebsrat immer höhere Leistungen der Arbeiter.

so daß sogar der Obersteiger einmal gesagt haben soll, es ginge nicht mehr höher. Die Behandlung der Arbeiter wird wohl am besten am besten durch folgenden Vorgang: Ein Aufseher hat sich einen Jungen im Schacht hergenommen und demnach verhört, daß er jetzt schon wochenlang im Krankenhaus liegt. Mit dem Leibgut soll er den armen Jungen bearbeiten und mit den Anien auf ihm gefessen haben. Als sich der arme Junge beklagte, sagte ein anderer Beamter: „Nur nur, nächste Woche kommt du bei mir, da geht es dir noch deßiger.“ Wir haben das Gefühl, als ob solchen Beamten eher eine Tracht Prügel nötig wäre zu ihrer Erziehung, als dem armen Jungen, der noch dazu ein Waisenkind ist. Eigenartig verhielt sich auch das Verhalten des Knappschaftsarztes. Als sich der Junge bei ihm meldete, verschrieb er ihm eine Salbe, um sich die Wunden zu bestreichen, und schickte ihn wieder fort mit den Worten, es sei dies nicht so schlimm, ohne den Jungen aber gründlich untersucht zu haben. Wie schlimm es aber war, zeigt, daß ein anderer Arzt den Jungen sofort ins Krankenhaus schickte und Anzeige anordnete. Anerkannt soll werden, daß der Betriebsführer in diesem Falle sich einwandfrei verhielt. Er tadelte energisch das Verhalten des Beamten und lehnte auch ab, auf den Jungen einzuwirken, von Weiterungen abzusehen. Wir wiederholen, solche Zustände sind eben nur möglich, weil die Arbeiter auf Signumshalt von der Notwendigkeit der Organisation nicht durchdrungen sind. Auch auf Gewerkschaften, dem Schreierwerk, scheinen die schlechten Verhältnisse von Signumshalt überzugehen. Wir wollen hier aber von einer Veröffentlichung der Arbeiterlagen zunächst absehen, da wir uns an die Werksverwaltung um Abstellung der Mißstände gewandt haben. Werden die Mißstände nicht abgestellt, müssen wir zu gelegener Zeit auch einmal in diesen Betrieb hineinkommen. An den Arbeitern selber Werke aber liegt es auch, sich selbst bessere Verhältnisse zu schaffen. Organisiert auch einmütig, Kameraden, dann ist auch Besserung möglich.

Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Senftenberg (Kieppitz). Die Willkür des Unternehmertums und dessen Beamten wird immer unerträglicher. Nicht genug, daß man die Arbeiter so drückt, setzt man ihnen jetzt bei der geringsten Kleinigkeit auch noch den Stuhl vor die Tür. Das hat auch ein Arbeiter des hiesigen Werkes erfahren. Beim Stollenreiben (Vorrichtung) in festen Kohlen konnte er trotz großer Schufterei nur 4 Mt. pro Schicht verdienen. Als er mit dem Obersteiger wegen mehr Lohn verhandeln wollte, kam er schon an. Der Beamte ließ sich auf nichts ein, sondern erklärte: „Wenn es Ihnen nicht paßt, können Sie gehen!“ Da der Arbeiter keine Anochen nicht um niedrigen Lohn für die Wiederkauf der Kohlenwerke abschließen wollte, ist er gegangen. So wird von den Unternehmern der „freie“ Arbeitsvertrag zur Anwendung gebracht. Der Arbeiter hat zu schuften und das Maul zu halten, gleichviel, was man ihm gibt. Wir sind die Herren im Hause“, sagte Geheimrat Uthmann im Kaiserhof zu Berlin. Herren über die Arbeiter, die ihnen die Millionen bei langer Arbeitszeit, niedrigen Löhnen und schlechter Behandlung schaffen. Wie lange noch wollen sich die Arbeiter ein solches Los gefallen lassen?

Niederläufiger Kohlenwerke (Senftenberg). Zur Verächtlichung des Herrn Gabelmann in Nr. 26 unserer Zeitung schreibt unser Gewährsmann: Wenn sich durch Verachtlichungen Mißstände auf den Gruben beseitigen ließen, würde es in deutschen Bergwerksbetrieben keine Mißstände mehr geben. Die Herren glauben, wenn sie durch eine Verächtlichung die Katastrophen beseitigen, ist alles in bester Ordnung. Warum hat Herr Gabelmann dem konservativen Blättern, der „Laufener Bg.“, das doch wahrlich nicht für die Arbeiter eintritt, keine Verächtlichung gesandt? Dieses schrieb, daß der Vorkämpfer L. zuerst geschlagen hat und dann geschlagen worden ist. Nach nochmaligen eingehenden Erkundigungen müssen wir unsere Behauptung aufrecht erhalten. Lange hat vor dem Magazin und Bureau mit dem Stuhl auf Schlichtung eingeschlagen. Erst dann hat sich den unglücklichen Schlag ausgeübt. Schon vor jenen drei Jahren hat der Kaufherr L. einen jungen Polen (Wrasch) mit dem Stuhl geschlagen, so daß sich derselbe ins Krankenhaus begeben mußte. Das steht nicht aus, als wenn L. nicht schlagen könnte. Wenn er Herrn Gabelmann die Sache anders darstellt, so ist das immer noch kein Beweis, daß unsere Notiz, die sich auf die übereinstimmende Notiz der „Laufener Bg.“ mit den Aussagen der Arbeiter stützt, falsch ist. Auch der Vorgang auf Victoria III wird in der Verächtlichung bestätigt. Nur wollen auch hier die Beamten ganz unschuldig sein. Selbst wenn eine Verächtlichung des Arbeiters erfolgte, wäre das nicht verwunderlich. Der Vorgang im Bureau hat sich nur zwischen dem Arbeiter und den drei Beamten abgespielt. Zum Nachdenken Anlaß gibt auch die Antwort des Gendarmen, dem der Arbeiter die Sache erzählte: „Das geht hier wohl immer so?“ Die Schlägerei im Bureau ist aus folgender Ursache hervorgegangen: Dem Arbeiter war gefündigt worden; halb darauf steckte man ihn in Schichtlohnarbeiten. (Verleihen der Wagen unter der Kette.) Der Aufseher, den er um die Höhe des Lohnes fragte, konnte es ihm nicht sagen. Am dritten Tage trat er den Obersteiger Steinicke und fragte ihn, was er für diese Arbeit für Lohn bekomme. Dieser gab ihm zur Antwort: „Darauf haben Sie nicht zu fragen.“ Der Arbeiter sollte, ohne zu wissen, welchen Lohn er erhält, weiter arbeiten. Das wollte er nicht und erwiderte: „Wenn Sie mir nicht sagen können, was ich verdienen kann, ich auch nicht arbeiten; wenn Sie keine andere Arbeit haben, will ich mein Geld und die Papiere.“ Et. billigte mit den Worten: „Sie sollen alles haben“, dem Arbeiter Geld und Papiere zu. Am anderen Tage, als er sich Geld und Papiere holen wollte, bekam er nur die Papiere. Das Geld hielt St. ein. Als der Arbeiter auf die Auszahlung des Geldes bestand, sagte ihn St. vor die Brust und holte aus. Der Arbeiter kam ihm zuvor. Der Kaufherr E. und der Steiger E. schlugen von hinten auf den Arbeiter ein. Dieser kam unten zu liegen. Er konnte sich aus seiner Lage nur befreien, indem er den Obersteiger, der auf ihn lag, in das Bein biß. Die Ursache der Schlägerei war also die Schämung des Arbeiters, der arbeiten sollte, ohne zu wissen, was er bekommt und dem man den Lohn vorenthält. Daß selbst in der Grube geschlagen wird, scheint Herr Gabelmann nicht zu wissen. Der Aufseher E. hat einen Arbeiter, der einen Holzwagen eingeschlagen hatte, der unter der Kette ausstieg, mit dem Stuhl geschlagen. Der Arbeiter ging bald nach Hause und wurde an Gelenkheumatismus (?) behandelt. Der Schichtmeister, jetziger Bauführer E., der einen Galizier angriff, hat den kürzeren gezogen. Auch sonst ist der Ton ein äußerst unhöflicher. Wenn etwas an der Kette passiert, gerät der Aufseher E. in Wut und gebraucht Worte, wie: „Ich schmeiße Euch aus der Grube!“ „Ich hau Euch welche runter, wenn Ihr nicht aufpaßt!“ Herr E. muß auch die Geduldgebendigkeit zugeben. Er entschuldiget dieselben mit den kürzeren Fortbewegen. Was nützen den Arbeitern aber die kürzeren Strecken, wenn sie durch schlechten Brand und starken Druck mehr schuften müssen und im Lohn geschädigt werden. Die großen Wagen (83 Hl.) sollen wegen der Patentfragen die Gesundheit nicht ruinieren. Herr E. weiß offenbar nicht, daß die Wagen nicht bloß laufen, sondern auch von Arbeitern auf Planken gedrückt und beim Ausfahren eingeschoben werden müssen. Wir können ihm nur empfehlen, einmal zwei Jahre lang mit diesen Lasten zu hantieren, dann würde er seine Ansicht revidieren. Für heute wollen wir es genug sein lassen, geben aber das Versprechen, daß, wenn Herr E. mehr verlangt, wir mit Unbefriedenheit von den Niederläufiger Kohlenwerken dienen. Die Arbeiter wünschen statt Verächtlichungen, die ihnen nichts nützen, Abstellung der Unbefriedenheit und bessere Behandlung. Bringt Herr Gabelmann das fertig, werden die Arbeiter es auch anerkennen.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.
Etwas für Herrn Abgeordneten Althoff!

Bei der Vergeltberalung im preussischen Landtag trug unser Kamerad Sue vor, daß im Ruhrbergbau von 1909 bis inklusive 1913 die Förderung von Arbeiter durchschnittlich um 19,05 Prozent, der Lohn um 19,38 Prozent gestiegen sei. Stelle man Förderung und Lohn pro Arbeiter in Wechselbeziehung, dann betrage die wirkliche Lohnzunahme in der angegebenen Zeit nur 0,33 Prozent, denn die übrige Lohnzunahme sei durch die Fördersteigerung pro Kopf ausgleichend worden. Mit dieser Darstellung konnte sich Herr Abgeordneter Althoff (Vertreter des Landtagswahlkreises Bochum), der in seinem Hauptberuf Generaldirektor der Zeche Centrum bei Wattenfeld ist,

nicht befreunden. Herr Althoff bezieht nicht die Richtigkeit der Querschnitten, sondern wandte sich dagegen, daß unser Kamerad die Förderung und Lohnentwicklung in eine Parallele stelle. Das sei nicht statthaft, weil die Fördermenge auch von anderen Faktoren als von der Arbeiterleistung abhängt. Der gelbe „Wertverein“ machte die Entdeckung, Sue habe bei der Vergeltberalung im Landtag kläglich abgesehen, er sei, wie man zu sagen pflegt, gründlich abgeführt worden von den allliberalen Abg. Althoff und Pasenclever. Es bezieht sich von selbst, daß die Werkschreiber, die die Kasse der Gelben speisen, keinen Pfennig mehr hergeben würden, wenn ihre gelben Schriftgelehrten anders schreiben als wie es den Unternehmerinteressen dient. Mit Schmozs kann man nicht ernsthaft diskutieren. Anders stehen wir zu Herrn Althoff. Von ihm erwarten wir eine objektive Würdigung nachstehender Ausführungen.

Unser Kamerad Sue wies bereits im Landtag darauf hin, daß die von Herrn Althoff als unzulässig bezeichnete vergleichende Gegenüberstellung von Förderung (oder Leistung) und Lohn pro Arbeiter gerade von der Werkspresse methodisch gebildet würde. Gerade in den Berichten der Werksverwaltungen wird die „Leistung pro Kopf“ in Beziehung zu dem „Lohn pro Kopf“ gesetzt und daraus auf die Arbeiterqualität geschlossen. Wie das geschieht, dafür mag der dieser Tage von der Werkspresse veröffentlichte Bericht der Zeche Mont Genis für 1912 Zeugnis ablegen. In diesem Bericht heißt es:

„Es wurden insgesamt angelegt 8120 Mann, es lehrten ab 2803 Mann. Ohne Eingerechnung der Koferei wurden insgesamt 1045 842 1/2 Schichten gleich 814 Schichten je Mann befristet, für die 6 228 790 Mt. Lohn gezahlt wurden, d. h. rund 57 Prozent der Gesamteinnahme für verkaufte Kohlen usw. bezw. etwa das Dreieinhalbfache des erzielten Reingewinns. Der Durchschnittslohn je Mann und Schicht berechnet sich hiernach auf 5,91 Mt. gegen 5,61 Mt. im Jahre 1912, also mehr 0,30 Mt. gleich 5,2 Prozent. Das durchschnittliche Jahreseinkommen aller Arbeiter, also einschließlich der Jugendlichen und Invaliden berechnet sich hieraus auf 1778. Hierzu treten unsere Aufwendungen für die Arbeiter in Höhe von 0,40 Mt. die Schicht oder jährlich 147 Mt. Der Gesamtlohn eines jeden Arbeiters stellt sich somit auf 1920 Mt. Im Jahre 1912 betrug das Einkommen 1888 Mt. Es wurde also 1913 gegen das Vorjahr höher um 32 Mt. gleich 1,7 Prozent. Leider hat der außerordentlich starke Belegschaftswechsel, über den wir stets zu klagen hatten, auch im Berichtsjahre angehalten. Von der Durchschnittsbelegschaft von 8591 Mann standen das ganze Jahr hindurch nur 2560 Mann gleich 7 Prozent in Arbeit. Betriebschließen wegen Abnahmangels brachten nicht eingelegt zu werden. Hand in Hand mit dem Steigen der Löhne ging, wie bisher stets beobachtet, ein Sinken der Leistung. Sie fiel von 0,845 Tz. je Mann und Schicht auf 0,794 Tz.“

Die Werksverwaltung verleiht also die Leistungshöhe mit der Lohnhöhe, tut mithin genau daselbe was Herr Althoff gegenüber Sue als unstatthaft bezeichnet hat. Ja, die Werksverwaltung geht viel weiter! Sie behauptet geradezu, mit dem Steigen der Löhne fiele, wie bisher stets beobachtet, die Leistung. Der wird eine Verleumdung der Arbeiter wiederholt, über deren Unsinntigkeit der hervorragende Volkswirtschaftslehre Professor Lupo Brentano bereits 1876 in seiner berühmten Abhandlung: „Ueber das Verhältnis von Arbeitslohn und Arbeitszeit zur Arbeitsleistung“ gründig abgeurteilt hat. Nehmliche Vergleiche und Äußerungen bezüglich Arbeiterleistung und Arbeiterlohn finden sich in zahlreichen anderen Werksberichten. Wenn die Werksverwaltungen sogar so weit gehen, die Arbeiter zu beschuldigen, sie flüchten bei steigenden Löhnen mit ihren Leistungen zurück, dann sind wir erst recht berechtigt, die tatsächliche Mehrleistung auf die Lohnzunahme in Anrechnung zu bringen. Herr Abg. Althoff wird zugeben müssen, daß unser Kamerad Sue sich einfach die Rechnungsmethode der Werksverwaltungen zum Muster nahm. Herr Althoff muß sich schon an seine engeren Verursachenden wenden, wenn er den kritisierten Vergleich zwischen Leistung und Lohn verpönt wissen will.

Neutralität der gelben Wertvereine.

Die Auslegung des Reichvereinsgesetzes durch Polizei und Gerichte führt in steigendem Maße dazu, einzelne Zehntel oder Zweigvereine, aber auch ganze Verbände, zu politischen Vereinen zu humpeln. Mit der Politischerklärung verfolgt man den Zweck, den freien Gewerkschaften die Aufnahme jugendlicher Mitglieder unter 18 Jahren unmöglich zu machen, um dieselben desto sicherer den mit Staats- und Unternehmerngebern gefütterten patriotischen und sonstigen Jugendvereinigungen zuzuführen. Nun wird aber gerade bei den Gelben ganz nach Herzenslust und vollständig ungeniert Politik in weitestem Umfang getrieben, wie nachstehende Beispiele zeigen. Dabei wollen wir alle die Fälle ausheben, wo die Gelben sich mit der Sozialgesetzgebung beschäftigen, obwohl das bekanntlich den freien Gewerkschaften schon als politische Betätigung angedreht wird.

Anfang 1910 gab der „Nationale Bergarbeiterverein für Carnap und Umgegend“ ein Flugblatt heraus, wobei als Zweck des Vereins u. a. angegeben wurde: „Bei allen Wahlen für die Kandidaten einzutreten, die sich in jeder Hinsicht zur gelben Sache bekennen.“ Auf der Tagung des „Bundes deutscher Wertvereine“ am 29. Mai 1912 in Essen wurde ein Antrag Magdeburg beraten, in welchem gefordert wurde: „Daß die Kosten der neuen Wehervorlage durch Steuer auf den Weg gebracht werden sollen. Die Versammlung beauftragte den „Bund der Wertvereine“, einen entsprechenden Antrag beim Hauptausfluß zu stellen.“

Der Tätigkeitsbericht der sächsischen Abteilung zur Förderung der nationalen Arbeiterbewegung Deutschlands“ jagt an einer Stelle: „Daß auf diese nationale Arbeiterbewegung auch ein nationaler Verlaß sein kann, wird in schlagender Weise aus der beiliegenden Wahlstatistik bewiesen, welche zeigt, daß tatsächlich die Zurückdrängung der roten Front erfolgreich nur mit unserer (gelben) Bewegung möglich ist.“ Der „Wertverein“ vom 7. März 1913 berichtet über die Gründung eines neuen Wertvereins in Griesheim bei Frankfurt. In dem Bericht wird hervorgehoben, daß es „durch das einmütige Zusammenarbeiten der Wertvereine Frankfurts gelungen sei, den Obergenossen Dr. Quirt aus dem Stadtparlament herauszuwählen.“

In der Versammlung des Wertvereins der Zeche Carolus Magnus am 8. März 1913 wurde von dem Sozialsekretär Sartorius ein Vortrag gehalten über „Deutschlands Entwicklung und Kolonialpolitik.“ Der „Wertverein“ vom 18. März 1913 fordert die Mitglieder auf, eine Versammlung der „Deutschen Vereinigung“ zu besuchen, wo über die „Wehervorlage“ gesprochen wurde. Die für diesen Sonntag arrangierten Versammlungen der Gelben wurden deshalb nicht abgehalten. Am 6. April 1913 hielt der „Wertverein der Rheinischen Metall- und Maschinenfabrik“ in Düsseldorf eine Versammlung ab. Der Redner erklärte: „Daß auch bei den bevorstehenden Landtagswahlen jedes Mitglied dafür sorgen müsse, daß die gelben Stimmen auf einem bürgerlichen Kandidaten aufgehen.“

Der „Wertverein der Westfälischen Stahlwerke“ ließ in seiner Mitgliederversammlung einen Vortrag über „Die Entstehung unserer Maschine“ halten. In der Versammlung des „Wertvereins Union“ hielt ein Herr König am 15. April 1913 einen Vortrag über die „Landtagswahl“ und ermahnte die Mitglieder, nur für den Kandidaten zu stimmen, welcher der gelben Bewegung freundlich gegenübersteht. Die Mitglieder des „Wertvereins der Zeche Raugel“ wurden in der Versammlung am 4. Mai 1913 aufgefordert, sich rege an der Landtagswahl zu beteiligen und nur den vom Wertverein aufgestellten Kandidaten (ebenfalls Wählermänner, E. Red.) die Stimme zu geben. Ferner nahmen folgende Mitgliederpersönlichkeiten Stellung zu den Landtagswahlen: Am 12. Mai 1913: „Wertverein der Zeche Graf

Beust“, am 12. Mai 1913 wurde in der Versammlung des „Wertvereins der Zeche Dorstfeld“ ein Vortrag über die Landtagswahl gehalten. Desgleichen am 12. Mai 1913 in der Versammlung des „Wertvereins der Zeche Friedrich Ernstine“.

In Nr. 20 des „Wertvereins“ vom Jahre 1913 fordert der „Wertverein Union“ seine Mitglieder auf, sich vollständig an der Landtagswahl zu beteiligen und kann in Nr. 21 bekannt geben, daß mit der Hilfe der Gelben in der Unionvorwahl sechs Wahlmänner der national-liberalen Partei gewählt wurden.

In der Versammlung des „Wertvereins Gughstahlwert“ in Witten wurde den Mitgliedern empfohlen, bei der Stadtbürgermeisterversammlung die bürgerlichen Kandidaten zu wählen.

Der „Wertverein“ vom 6. Dezember 1912 teilt mit, daß bei der Offener Stadtbürgermeisterversammlung zwei Mitglieder des Wertvereins gewählt wurden. Ein Mitgliedern, welche „rot“ gewählt hatten, wurde der Ausschluß angedroht.

Der „Nationaldemokrat“, ein gelbes Berliner Organ, welches sich in Opposition gegen die Gelben Gruppenrichtigkeit befindet, teilt mit, daß der Gelbsechreiber P e h in einer Versammlung in Chemnitz erklärt habe: „Wenn heute unsere Mitglieder zu uns kommen, wissen sie, daß sie bei allen Wahlen nationalliberal zu wählen haben.“

Daß die „reichstreuen Bergarbeitervereine“ Niederschlesiens politische Geblide sind, aber nichtsdestoweniger sehr eifrig in Jugendfang machen, wollen wir ebenfalls an einigen Beispielen zeigen. Von einer Versammlung der „Reichstreuen Jugendabteilung in Ober-Waldenburg“ berichtet der „Feierabend des Arbeiters“ in Nr. 83 vom Jahre 1912: „Der Vorsitzende hielt einen Vortrag über „Die Entstehung des Deutschen Reiches“ und sprach im Anschluß daran über die gegenwärtige Lage auf dem Balkan.“

Am 25. Februar 1912 hielt der „Reichstreue Knappenverein von Kohlscheid“ seine monatliche Versammlung ab. Der Generalsekretär Daerr aus Breslau hielt einen Vortrag über das Exkursprogramm, II. Teil.

Am 15. Dezember 1911 veranstaltete der „Reichstreue (gelbe) Bergarbeiterverein“ einen Frauenabend, zu dem aber auch Männer erschienen waren. Der gelbe Sekretär Fichtner forderte die Mitglieder auf, am 12. Januar ihre Pflicht zu tun, dann wäre es möglich, die rote Fahne von Waldenburg herunterzuholen.

Die reichstreuen Bergarbeitervereine begnügen sich aber nicht damit, Politik zu treiben, sie rücken auch mit dem notwendigen Geld heraus, wie folgender Bericht des „Mansfelder Vergobten“ beweist. Die reichstreuen Berg- und Güttenarbeiter Mansfelds hielten am 27. August 1911 in Helldorf ihre erste ordentliche Hauptversammlung ab. In dem Bericht heißt es: „Bei den Wahlen zu den Stadt- und Gemeindevereinigungen sollen die Mitglieder geschloffen für vaterländisch gestimmte Männer eintreten. Zu den Wahlkosten können Beihilfen aus den Verbänden geleistet werden. Für die Reichstags- und Landtagswahlen gelten die gleichen Vorschriften, doch wird bei dieser Gelegenheit keine Belastung der Verbandskasse eintreten dürfen. Bei der nächsten Reichstagswahl (1912) tritt der Verband mit vollem Nachdruck für die Wiederwahl des bewährten Vertreters Herrn Dr. Krenndt-Berlin ein.“

Also die gleichen Vorschriften gelten bei den Reichstags- und Landtagswahlen. Wir würden vergeblich die ganze freie Gewerkschaftspresse absuchen, wollten wir auch nur einmal eine in diesem Tone gehaltene Verfügung finden!

Der „Feierabend des Arbeiters“ bringt in der Nummer vom 18. Dezember 1912 einen Artikel: „Die deutschen Industriellen und die Wertvereine“. Kommerzienrat Goldschmidt, Berlin hielt eine Rede, worin es hieß: „Die Arbeiter, die von den Gewerkschaften einmal befehrt sind, sind befehlshöher für eine andere politische Richtung.“ Dr. V o v e n s c h e n sagte: „Mit der politischen Zurückhaltung der Wertvereine komme man nicht aus, sie müssen politisch beeinflusst werden, damit sie sich auch bei den Wahlen in zuverlässiger Weise betätigen. Ein so bedeutungsvoller Faktor die Wertvereine für die Erhaltung des Friedens auch sind, so müssen sie außerdem eine zuverlässige Kerntruppe im Kampf gegen die Sozialdemokratie bei den Wahlen werden.“

Diese Reden wurden gehalten auf der Generalversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller in Berlin 1913.

Zu diesen Ausführungen erklärte Haue r vom „Nationalen Arbeiterbund“, „daß die Bewegung auch kräftige Fortschritte nach der Richtung der politischen Beeinflussung mache und schon manche Erfolge erzielt habe.“

Der „Feierabend des Arbeiters“ vom 9. Februar 1913 brachte ein Inserat zu einer Versammlung des „Reichstreuen Bergarbeitervereins Weichlein“. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag: „Die Sozialdemokratie“.

Der „Feierabend“ vom 13. Januar 1912 berichtet über eine Versammlung des „Reichstreuen Bergarbeitervereins Waldenburg“. Der freikonservative Parteisekretär Grund sprach über das Thema: „Die bevorstehende Reichstagswahl“.

Der „Reichstreue Bergarbeiterverein“ in Weichlein arrangierte am 26. Febr. 1913 eine Versammlung, wo der freikonservative Parteisekretär Grund einen Vortrag hielt über: „Die Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches“.

Der „Bergarbeiterverein Waldenburg“ hielt am 16. Januar 1913 seine Monatsversammlung ab. Parteisekretär Grund hielt einen Vortrag über: „Nationale Wehrkraft“. Der Ausrufung, politische Aussprache-Abende innerhalb des Vereins einzuführen, soll stattgegeben werden.

Ungeniert kann zu den verschiedensten politischen Angelegenheiten wohl kaum Stellung genommen werden. Trotzdem hier die politische Betätigung klar auf der Hand liegt, trotzdem in den Jugendabteilungen politische Thematika behandelt werden, rührt sich kein Parteipräsident und kein Staatsanwalt, um diese Vereine für politisch zu erklären. Im Gegenteil, man unterstützt diese Gesellschaft moralisch und finanziell. Die freien Gewerkschaften aber, die eine Kulturbewegung allererhanden Manges sind, sollen gefnebelt werden zur höheren Ehre des Kapitalismus!

„Präsident“ Adamel auf Keilen.

Uns wird geschrieben: Der „Präsident des polnischen Volkes“, Herr Josef Adamel war in Oberschlesien so „erfolgreich“, daß es für ihn dort nichts mehr zu organisieren gibt. Da er aber seine „wertvolle Kraft“ nicht brach liegen lassen will, wandte er sich dem Ruhrrevier zu. Am 23. Juni wollte er in Ru er eine Sprechstunde abhalten. Obwohl seine Betreuer die Wertbetrommel eifrig geschlagen hatten, erschienen doch nur ganz acht Mann nebst drei Frauen. Außerdem waren noch einige Verbandskameraden erschienen, die früher der R. S. angehört hatten. Als Adamel diese bemerkte, war es mit seiner prächtigen Würde vorbei, seine Unruhe steigerte sich, als die Verbandskameraden erklärten, an der Versammlung teilnehmen zu wollen, um zu erfahren, mit welchen Argumenten er, der früher die Einigkeit der Arbeiter predigte, jetzt die von ihm ins Werk gesetzte Zerpfitterung rechtfertigt. Unter diesen Umständen hatte Adamel keine Lust, die von den Separatisten überal verzapften „Wahrheiten“ und „Euthüllungen“ auszusprechen. Alle Genunterungen zu einem Referat prallten an Adamel wirkungslos ab. Dieses Verhalten wurde dann auch von den Anwesenden verständnisvoll gutgeheißen und zu Recht gemüßigt. Bittere Wahrheiten, die er an Gerichtsstelle zu beantworten drohte, einstehend, mit den „Wahrheiten“ in der dicken Agitationsmappe, schlich sich Adamel zur Tür hinaus, seine Getreuen kopflos zurücklassend. Was Geistes Kind Adamel ist, zeigte er zu Genüge, daß er die früheren R. S. Mitglieder als Renegaten und Spitzel beschimpfte. Über wartet nur, dachte Adamel! Hatte er am 23. Juni eine Rede gehalten, so wollte er sich dafür am 28. Juni im selben Lokale zeigen, was eine Farke ist. Langsam füllte sich das kleine

Notal und wir hatten der Dinge, die nun kommen sollten. Ueberwiegend waren polnische Bergarbeiter erschienen. Siehe da: der polnische „Präsident“ sprach nicht polnisch, sondern deutsch! Aus dem polnischen „Präsidenten“ ist in der kurzen Zeit ein echter German geworden. Ein polnischer Kamerad sagte: „Das ist nicht der polnische „Präsident“, sondern einer aus M. Glabach.“ Ein anderer sagte: „Ach was, das ist der polnische „Präsident.“ „Ich glaube es launt“, sagte ein anderer. „Siehst Du nicht, wie er einen niedergeschlagenen Blick und unruhiges Gewissen hat? Ja, ja, das ist er.“ „Kann sein“, sprach nun der Bueckler. Der polnische „Präsident“ sprach und sprach: „Verbandsvorstand laugt nichts... Verbandsangestellte laugen nichts... Druck auf den Magen...“ Verband will polnisches Volk germanisieren... Wie die auswendig gelernten Wexel Ein Kamerad sagte in der Diskussion: „Mit dem Separatisten-„Präsidenten“ ist es nicht weit her. Was Gessies Kind Adamel ist, beweist die Tatsache, daß ihn nach dem Streik etwa 800 Mark „schlitten“. Dieses schlug wie eine Bombe ein. Ein vielstimmiges „Wah!“ bei den Versammelten. Der „Präsident“ sprang auf, suchte mit den Händen in der Luft und rief: „Weil die Vertrauensleute mit mir nicht abgerechnet haben, bewegen konnte auch ich nicht abrechnen.“ (Dieser Zwischenruf Adamels entspricht nicht der Wahrheit. Adamel konnte keine Angaben machen, wo er das Geld „gelassen“ hatte. D. Neb.) Nun war es mit der Autorität des polnischen „Präsidenten“ vorbei. Sein Bild war von nun an nur auf die Erde gerichtet. Ein polnischer Kamerad schlug folgende Resolution vor, die mit 49 gegen 4 Stimmen (Adamel mitgerechnet) angenommen wurde:

„Die Versammelten erheben den schärfsten Protest gegen die Bepflanzungsversuche des früheren Verbandsangestellten Adamel. Die Versammelten finden es als eine grobe Ungehörigkeit, daß Adamel mit seinem Anhang in unser Verbandslokal kommt, um hier die Arbeiter gegeneinander zu hegen und zu zersplittern.“

„Wie man sich versah, war man ohne den polnischen „Präsidenten“. Er hatte noch nicht mal das Schlusswort abgewartet. Adamel packte seinen Beutel und lief fluchtartig aus der Versammlung heraus, drei seiner Anhänger im Stich lassend. Vor dem Lokal soll Adamel aus Wexer darüber noch einige Male vor sich ausgeputzt und gelobt haben, nicht wieder nach Buer zu kommen. So viel Geld verfahren von Oberschlesien nach Westfalen, dann noch an den Branger gestellt und ausgelacht, das ist gutwill für den „Präsidenten“!

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Blut ist dicker als Wasser.

Uns wird geschrieben: Es gährt unter den Bergarbeitern des Wurmreviers. Der Eschweiler Bergwerksverein, der dort dominiert, geht in rigoroser Weise mit Lohnabzug vor, trotzdem der Bergarbeiter des Wurmreviers schon lange schlechter gestellt ist, als der im Ruhrgebiet und der Eschweiler Bergwerksverein diesen Profit macht. Die Lage der Bergarbeiter, die unter dem Eschweiler Bergwerksverein frönden, ist von jeher eine schlechte. Schon im Jahre 1794 wohnten 300 Mann in Werkwohnungen. Der Knappschaftsdirektor Simon schrieb, daß damals ein schlimmes Krupphem herrschte, welches die Bergarbeiter zum Trunk verführte. Ein großer Teil der Kohlenhauer lebte in mitleidigen Verhältnissen. An die Anschaffung eines erträglichen Nachtlagers wurde nicht gedacht, die Bergarbeiter schliefen auf den Planken des Zimmers, sammelten da Kräfte für die nächste Schicht, verzweifelten an Leib und Seele.

Die Gesellschaft Vereinigte Steinkohlenbergbau des Wurmreviers machte 1881 schon 10 Prozent Dividende und zahlte ihren Arbeitern einen Lohn von 1,53 Mk. pro Schicht. 1889 stand der Lohn noch immer unter 3 Mark und kam es auf den Bechen Volberg, Anna, Marie, am 18. Mai zur Arbeitniederlegung. Am 18. Mai standen von 5880 Mann Belegschaft 2485 im Streik. Auf den Eschweiler Bechen kam es zur Einigung. Auf den anderen dauerte der Streik bis in den Juni hinein. Im Jahre 1907 betrug der Durchschnittslohn an linksseitigen Niederheim, zu dem das Wurmrevier damals in der amtlichen Lohnstatistik gerechnet wurde, 4,89 Mk. gegen 4,89 Mk. im Dortmunder Bezirk. Ein Lohnunterchied von 80 Pf., der sich im Laufe der Jahre immer zu ungunsten der Wurmbergleute vergrößert, so daß im 1. Vierteljahr 1914 der Durchschnittslohn im Oberbergamtsbezirk Dortmund (nördliche Reviere) 5,31 Mk. betrug gegen 4,89 Mk. im Wurmrevier. Der Hauertlohn stand im Oberbergamtsbezirk Dortmund im 1. Vierteljahr 1914 auf 6,32 Mk., im Wurmrevier 5,57 Mk.

Da die Lohnreduzierungen immer stärker werden (einselnen Kameraden hat man bis zu 1 Mark pro Schicht abgezogen), hat sich im Wurmrevier eine Erbitterung angebahnt, die den Grubenbesitzern sagen sollte, nicht zu weit zu gehen. Die Profite des Eschweiler Bergwerkbereichs sind derart, daß sich die Grubenherren schämen sollen, den geringen Lohn des Bergmanns noch zu schmälern. Trotzdem vom Rohgewinn im Geschäftsjahre 1912/13 2.407.757 Mark abgeschrieben wurden, die Beamtenbeholdungen (Prämien) 260.000 Mk. betragen und die Herren Aufsichtsräte für ihre „schwere“ Arbeit die Kleinigkeit von 222.945 Mark erhielten, blieb zur Verteilung an die Aktionäre noch eine Dividende von 10 Prozent oder 3.400.000 Mark gegen 3.040.000 im Vorjahre. Die Gesamtzahl der Bergarbeiter bei Wexer betrug im 1. Vierteljahr 1914 15.610 Mann. Gätte man sich einmal damit begnügt, statt 2.407.757 Mk. nur 1.000.000 Mk. abzuschreiben, dagegen die übrigen 1.407.757 Mk. zu Lohnaufbesserungen verwandt, so hätte der Eschweiler Bergwerksverein den Arbeitern noch eine Lohnzulage geben können, statt rigorose Wäzige zu machen. Die „armen“ Aktionäre hätten dabei immer noch die 3.800.000 Mk. Reingewinn unter sich teilen können.

Die Bergarbeiter des Wurmreviers sind die Lohnabzüge leid durch die ihren Kindern das Brot genommen wird, sie sind sich einig, gegen die Lohnreduzierungen vorzugehen und mit allen Mitteln jede weitere Verschlechterung ihrer Lage abzuwehren. Mögen die Grubenmagnaten aufhören, Wind zu säen, sonst könnten sie Sturm ernten.

Saargebiet und Reichslande.

„Christliche“ Vettelbriefe.

Uns wird geschrieben: Durch den Streikbruch von 1912, die Lohnbewegungsomödien im Saar, Wurm und rheinischen Braunkohlenrevier haben die „Christen“ den letzten Rest von Vertrauen bei den denkenden Bergarbeiterschaft verloren. Die Mitglieder reihen aus wie Schafleder und neue Können nicht gewonnen werden, so daß es stark abwärts geht. In dieser Not nun überfluten die „Christen“ die ausgeleiteten Mitglieder, und teilweise auch die übrigen Bergarbeiter mit Vettelbriefen, worin die Vorgänge der „überlegenen, Besonnenen“ Streikbruchakt und deren „Erfolge“ für die Bergarbeiter gelobt werden, um zu retten, was zu retten ist. In welcher Weise die Wahrheit darin umgebogen wird, zeigt folgender Vettelbrief, der von den „Christen“ an Arbeiter der Grube Wexbach gerichtet wurde:

„Werter Kamerad! Du arbeitest mit uns seit Jahren auf Grube Wexbach. Du wirst gewiß nicht behaupten wollen, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf unserer Grube so sind, daß keine Klagen vorhanden wären. Die Löhne sind noch zu niedrig und dabei viel zu ungleich. Die Bezeit unserer jüngeren Kameraden ist zu lang. Die Urlaubzeit zu kurz. Wegen kleinen Vertäßen ist in der letzten Zeit einigen unserer jüngeren Kameraden das Arbeitsverhältnis gekündigt worden. Eine Menge Beschwerden sind auf Knappschäftlichem Gebiete vorhanden. Noch wird zurzeit der Krankenhausbehandlung unserer Angehörigen nur die Hälfte des Krankengeldes gezahlt. Alle diese Beschwerden sind vorhanden.“

„Du wirst aber wohl selbst einsehen, daß der Einzelne von uns daran nichts ändern kann. Unsere Abgeordnete plagen sich im Abgeordnetenhaus ab, die Regierung für unsere Wünsche zu gewinnen.“

„Es gelingt ihnen aber nicht, wenn wir selbst nicht zusammen treten. Wir haben uns nun schon seit Monaten, viele von uns schon seit Jahren einer Organisation, dem Gewerksverein Christlicher Bergarbeiter, angeschlossen. Unsere Arbeit im Laufe der Zeit war nicht vergebens. Hast Du schon die Entwicklung unserer Lohnverhältnisse in den letzten Jahren beobachtet? Was ist uns seit Jahren als Entschädigung für Versäumnissschichten gezahlt worden? Siehe Dir die Zahlen an, diese sagen es Dir: 1912: 5,41 Mk., 1913: 5,83 Mk., 1914: 5,85 Mk. In diesem Jahre also 5,85 Mk. für den Hauer gegenüber 6,00 Mk. auf Grube St. Ingbert.“

„Im Jahre 1911 haben wir mit unserer gewerkschaftlichen Arbeit eingeleitet. Erinnerst Du Dich noch der schlechten Löhne? Sind nicht selbst in unserem Ort Kameraden mit einem Lohn von 4 Mk. ausbezahlt worden? Seit dieser Zeit konnten wir aber den Hauertlohn um 44 Pf. in die Höhe arbeiten. Noch stehen wir aber unseren Kameraden von St. Ingbert gegenüber um 15 Pf. zurück. Das müssen wir in diesem Jahre einholen. Daran sollst Du mithelfen. Wir haben dann in drei Jahren unseren Lohn um 69 Pf. steigern können. Rede darüber mit Deiner Frau und wir zweifeln nicht, daß wir auch Dich als Kameraden in unseren Reihen begrüßen dürfen.“

Die organisierten Kameraden Deines Orts.“ Die Hauertlöhne werden in diesem Vettelbrief für 1912 um 28, für 1913 um 20 Pf. zu hoch angegeben. Nach dem Verginpektorenbericht betragen die Hauertlöhne auf Grube Wittelsberg:

1912 ... 5,18 Mk., nicht 5,41 Mk.; mithin weniger 23 Pf.
1913 ... 5,43 Mk., nicht 5,83 Mk.; mithin weniger 20 Pf.

Für 1914 liegen uns noch keine amtlichen Angaben vor, es ist uns darum da eine Nachprüfung der „christlichen“ Angaben unmöglich. Nach Lage der ganzen Verhältnisse ist aber anzunehmen, daß die Löhne nach 1913 nicht gestiegen, sondern gesunken sind. Auch auf der Grube St. Ingbert können die Hauertlöhne keine 6 Mk. pro Schicht betragen. Nach dem Verginpektorenbericht betragen die Hauertlöhne auf St. Ingbert:

1912 ... 5,43 Mk. 1913 ... 5,65 Mk.

Die Hauertlöhne auf St. Ingbert mühten also im Laufe dieses Jahres um 35 Pf. pro Schicht gestiegen sein. Das halten wir für ausgeschlossen, nach Lage der ganzen Verhältnisse liegt es vielmehr näher, daß sie zurückgegangen sind. Aber selbst wenn sie gestiegen wären, hätten die „Christen“ dazu nichts beigetragen. Durch Streikbruch- und Lohnbewegungsomödien lassen sich die Grubenkapitalisten doch sicher nicht imponieren.“

In voriger Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ haben wir einen ähnlichen Vettelbrief veröffentlicht, der unterschrieben war: „Die organisierten Kameraden“. Jetzt heißt es: „Die organisierten Kameraden Deines Orts“. So weit ist es also mit den „Christen“ gekommen, daß sie sich schämen, ihre Streikbruchstirna zu nennen; darum segeln sie jetzt unter falscher Flagge, um Dumme zu fangen.

Zur gest. Beachtung!

Da vielfach Drudausträge eingehen, aus denen nicht hervorgeht, wie, wo und wann die betreffenden Veranstaltungen (Versammlungen, Festlichkeiten usw.) stattfinden, ersuchen wir, bei allen Aufträgen genau den Ort, das Lokal und die Zeit anzugeben. Die Geschäftsleitung.

An die Bergarbeiter Deutschlands!

Die Arbeiter des Wäxener Kohlenreviers (Wurmrevier) sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Es handelt sich um Abwehr bedeutender Lohnreduzierungen, die in den letzten Monaten erfolgt sind. Trotz der günstigen Lage des Bergbaues im Wäxener Kohlenrevier bleiben hier die Löhne erheblich hinter denen des Ruhrreviers zurück. Es betrug der Durchschnittslohn pro Schicht im ersten Quartal 1914 für sämtliche Arbeiter:

im Ruhrrevier 5,25 Mk., im Wurmrevier 4,88 Mk.; für Hauer und Bezhauer: im Ruhrrevier 6,25 Mk., im Wurmrevier 5,57 Mk.; der sonstigen unterirdisch und in Tagesbauen beschäftigten Arbeiter: im Ruhrrevier 4,51 Mk., im Wurmrevier 4,37 Mk.; der Tagesarbeiter: im Ruhrrevier 4,34 Mk., im Wurmrevier 4,10 Mk.

Trotzdem die Schichtzeit der unterirdischen Arbeiter im Wäxener Kohlenrevier über eine halbe Stunde länger ist als im Ruhrrevier, ist der Lohn pro Schicht bedeutend geringer.

Dazu setzte nach dem ersten Quartal 1914 eine scharfe Lohnkürzung ein. Gegenwärtig beträgt der Lohn pro Monat für viele Arbeiter 10 bis 15 Mk., teilweise sogar bis über 20 Mk. weniger, wie in den Monaten des ersten Quartals, trotzdem bedeutend größere Unsprüche an die Arbeitskraft des einzelnen gestellt werden. Dabei zeigt jede Lohnperiode einen fortgeschrittenen Rückgang der Löhne.

Dieser Situation Rechnung tragend, haben die unterzeichneten Organisationen sich zu einer gemeinsamen Aktion zur Abwehr der Lohnkürzungen geeinigt. Die Unterzeichneten richten deshalb an alle Kameraden in den verschiedenen Revieren die dringende Bitte, Zugang nach dem Wurmrevier streng fernzuhalten.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands.

J. U. Fr. Kufemann, Bochum.

Gewerksverein Christlicher Bergarbeiter Deutschlands.

J. U. Fr. Vogel, Essen.

Polnische Berufsvereinigung der Bergarbeiter.

J. U. Fr. Jakubowicz, Bochum.

Gewerksverein der Bergarbeiter (S. D.).

J. U. Fr. Schmidt, Oberhausen.

Briefkasten.

V. G., Dlebenhofen. Uns scheint, daß B. Humor besitzt und gerne Wären aufbindet. Selbstverständlich fällt darauf kein ernsthafter Mensch herab. — S. S., Kraja. Der Hauswirt ist im Recht. Wenn keine besondere Kündigungsklausel vereinbart ist, richtet sich dieselbe nach dem Termin der Mietzahlung.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 28. Woche vom 5. bis 11. Juli 1914 fällig. Wir bitten unsere Mitglieder, für pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

Wir ersuchen, das Buch Nr. 89022, auf den Namen Ernst Schippel lauten, falls es irgend einem Vertrauensmann zur Auszahlung von Unterstützung vorgelegt werden sollte, festzuhalten und selbiges dem Vorstand einzuliefern. Vor Mißbrauch dieses Buches wird hiermit gewarnt.

Lokalbeitrag.

Die Zahlstellen Oberhausen II, III und IV sind berechtigt, ab 1. September 1914 einen Lokalbeitrag von 5 Pf. pro Mitglied und Woche zu erheben. Ebenso die Zahlstellen Marzberg I, II und III; der bisher in letzteren Zahlstellen erhobene Lokalbeitrag von 10 Pf. pro Monat ist von genanntem Zeitpunkt ab aufgehoben.

Die Zahlstelle Frohnde ist berechtigt, ab 1. Juli pro Woche und Mitglied 5 Pf. Lokalbeitrag zu erheben. Auch die Zahlstelle Wodelschwing ist berechtigt, von diesem Zeitpunkt den beschlossenen Lokalbeitrag zu erheben.

Jedes Mitglied ist verpflichtet, den Lokalbeitrag zu zahlen. Nichtzahlung hat die Entziehung statutarischer Unterstützungen zur Folge.

Adressenveränderungen.

Butendorf. Kamerad Schmidt wohnt jetzt Büdnigstraße 28. Bälfe. Kamerad Riß, Hagendrebstraße 8, führt jetzt die Kassengeschäfte des Verbandes. Witten. Kamerad Hollberg wohnt jetzt Pferdebachstraße 60.

Bücherrevisionen.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisionen unnötige Wege erspart bleiben:

Annen II. Ende Juli. Solingen. Mitte Juli. Gpndorf. Mitte Juli. Holzwickede II. Mitte Juli. Ebng III. Vom 1. bis 15. Juli. Langendreer II. Vom 6. bis 18. Juli.

Krankentüchtigungs-Auszahlung.

Unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches und des Krankengeldes kann in folgenden Zahlstellen das Krankengeld erhoben werden:

Bälfe. Jeden zweiten und vierten Sonntag im Monat, nachmittags von 2-3 Uhr, beim Kameraden Riß, Hagendrebstraße 8. Oberhausen I. Das Krankengeld zahlt Kamerad Ernst Brinke Körnerstraße 46, aus.

Deffentliche Bergarbeiter-Versammlungen

Sonntag, den 12. Juli 1914: Bbvinghausen. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Wäxle. — Das 20jährige Bestehen des Bergarbeiterverbandes und die gegenwärtige Lage im Ruhrrevier. Referent zur Stelle. Erle. Nachmittags 3 Uhr, auf der Wiese in der Nähe der evangelischen Schule, Heßstraße, unter freiem Himmel. — Die Geschichte der Bergarbeiter im Jahre 1889 und die heutige Lage im Bergbau. Referent: Kamerad Georg Wäxmann, Bochum. Es ist Pflicht aller Kameraden, diese Versammlungen zu besuchen.

Achtung Knappschäftsäktel!

Kommission Dortmund Sonntag, den 19. Juli 1914, Vormittags 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus in Dortmund, Ver Leibniz- und Lessingstraße.

Quartals-Versammlung

Im allseitigen und einstimmigen Einvernehmen Der Obmann.

Bugra Leipzig 1914

Die Bezeichnung, die ich gegen Sol. Wäxens ausgeschrieben habe, nehme ich als unmaß gebührend zurück. Moritz Willkomm, Dortmund.

Juli-Federhalter

mit Goldfeder und Fäller Preise 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12 Mk. Bleistifte 1 Dbd. 0,50 6 Dbd. 2,25 3 Dbd. 1,25 12 Dbd. 4,50 Bestellungen zu richten an H. Hansmann & Co. in Bochum

Die Bergarbeiter

Historische Darstellung der Bergarbeiter-Verhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit von Otto Hue

2 Bände umfassend 1215 Druckseiten. Preis für Verbandsmitglieder nur 8,00 Mk. Der zweite Band umfasst 760 Seiten mit folgendem Inhalt:

Revolutionierende technische Neuerungen. — Kampf gegen das Direktionsystem. — Die Vereinfachung des Direktionsystems. — Die Organisation der Unternehmer. — Verhältnisse der Bergarbeiter um die Mitte des 19. Jahrhunderts. — Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. — Annahme der Unfälle, Krankheit und Invalidität. — Weitere Schädigungen der Knappschäftsgewerkschaft. — Die Zeit der schweren Not. — Ein Blick auf die deutsche Gewerkschaftsbewegung. — Die Arbeiterkraft und die Internationale Gewerkschaftsbewegung der Bergleute. — Lokale Knappschäftsbewegungen und ihre örtliche Reibereinigungen. — Der Wäxener Bergarbeiterstreik und der Hirsch-Dantersche Gewerksverein der Bergarbeiter. — Streikrevallen in Oberschlesien. — Streits und Organisationswesen der Ruhrbergleute. — Der Verband schäffiger Berg- und Hüttenarbeiter. — Der erste Massenstreik und seine Folgen. — Die Zeit der Sammlung und der Schulung. — Schwallerter Nachdruck des Unternehmertums. — Weitere Bepflanzung der Arbeiter: Gelbe Vereinigungen; Nationalitätengemisch; Polnische Gewerkschaftsbewegung. — Der zweite Massenstreik und seine Folgen: Protestation und Verlan des Generalstreiks; Früchte des Kampfes: Verrückung des Berggesetzes, Bestärkung der nationalen und internationalen Organisation; Kampfe in Schlesien, Mittel-, West- und Südbraunland. — Neue kapitalistische Revolutionen: Weiße Salbe statt grünlischen Bergarbeitersalbe; Geheimere Verheimlichung; Wiederherstellung der Arbeiterkraft und Lebensmittelerzeugung; Wäxer Kampf. — Das Trauerspiel des Massenstreikbruchs: Lohnbewegung 1910/11; Die Niederhaltung der Massenmassen; Politische Radikalisierung. — Schlusswort. — Anhang. — Im Anhang sind Tabellen über die Mitgliedsstärke und Lohnverhältnisse jüngerer Verbände beigefügt: Unser Verband, Gewerksverein, Polnische Gewerksvereinigungen, Gewerksverein der Bergarbeiter S. D., Union der Bergarbeiter Österreichs, Niederländischer Minenarbeiterbund, Miners Federation of Great Britain und United Mine Workers of America, ferner die Statuten einer Reihe bergbauwärtiger Organisationen.

Das Buch wird ein wertvoller Bestandteil in jeder Bergarbeiterfamilie sein! Unsere Kinder und Nichten werden daraus lernen, wie ihre Väter und Großväter bitter gekämpft und gepörrt haben, um ihren Kampf einen siegreicheren Ausgang zu verschaffen. Und diejenigen, welche jetzt in den Kampfenden Reihen stehen, können aus dem Buche lernen, wie ihre Vorgänger litten, litten und entraget wurden sind. Wir müssen das Lernen, denn Wissen ist Macht und Macht ist Wissen! Das Wort Otto Hue's ist zu begehren durch

H. Hansmann & Co. in Bochum (Westf.) Riemelhauer Straße 24



KOSMOS

Gesellschaft der Naturfreunde bietet für den geringen Jahresbeitrag von nur Mark 4,80 12 starke, reich illustrierte Monatshefte und 5 naturwissenschaftliche Werke erster Autoren **Bolohrend - unterhaltend** Prospekte bzw. Probehefte sind bei den Ortsverwaltungen der Zahlstellen zu erhalten.